

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Krankens- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“, Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 9 M. zuzüglich der jeweils geltenden Postgebühren

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 5 M. für die dreispaltige Zeitzeile ober deren Raum berechnet

Geschäftsberichte sozialer Baubetriebe.

Als die ersten sozialen Baubetriebe gegründet wurden, prophezeiten ihnen bekanntlich die Unternehmer den baldigen Zusammenbruch. Angeblich sollten die baugewerblichen Kopf- und Handarbeiter nicht in der Lage sein, die Betriebe wirtschaftlich zu führen. Die von den Gewerkschaften gegründeten und unterstützten Betriebe haben schon im Jahre 1920 bewiesen, daß die Unternehmer mit ihren Prophezeiungen gründlich auf dem Holzwege waren. Sie uns bis jetzt zu Gesicht gekommenen Geschäftsberichte sozialer Baubetriebe für das Jahr 1921 zeigen das ebenfalls, obwohl die Verhältnisse in diesem Jahre für unsere jungen Betriebe infolge der Geldentwertung usw. außerordentlich ungünstig waren. Wir wollen aus den uns bis jetzt ausgegangenen Geschäftsberichten, nachstehend einiges wiedergeben.

Die „Bauhütte Ostföhringen“ Soziale Bau-Gesellschaft m. b. S. in Altenburg ist erst am 15. März 1921 gegründet worden, hat aber trotzdem im Berichtsjahr schon einen Umsatz von 6 Millionen Mark gehabt. Dieser Umsatz wurde bewältigt bei einem Betriebskapital von 428 000 M. Das bedeutet, daß die Gesellschaft ihr Betriebskapital in 9 Monaten 13,6 mal umgeschlagen hat, während die rüftständigen kapitalistischen Privatbetriebe ihr Betriebskapital nur zwei- oder dreimal im Jahre umzuschlagen vermögen. Die Bauhütte hat im Durchschnitt über 300 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. An Löhnen wurden 3 486 000 M., an Gehältern 222 000 M. ausgezahlt. Dem Emporkommen der Bauhütte wurden von den Unternehmern große Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Die Konkurrenz war, nachdem schon im Jahre zuvor durch die soziale Bau- und Betriebsgenossenschaft in Bezug die Preiseringe der Unternehmer gesprenkelt worden waren, äußerst scharf. Trotzdem hat die Bauhütte bei verschiedenen großen Arbeiten durch sachgemäße Berechnen und durch die ökonomische Ausnutzung des vorhandenen Geräteparkes bedeutende Erfolge erzielt. Für 127 Wohnungen führte sie die Erd-, Mauer- und Zimmerarbeiten aus, für 54 Wohnungen die Erd- und Mauerarbeiten. Insgesamt also wurden von ihr 181 Wohnungen gebaut. Daneben hatte die Bauhütte eine Reihe Industriebauten und Umbauten. Obwohl die Gesellschaft an die Arbeiter des Betriebes außerordentliche Zuwendungen in Höhe von 71 200 M. gemacht und obwohl sie auf ihr Inventar und auf ein Hausgrundstück 10 %, auf Küchengeräte, Werkzeuge und Geräte sogar 33 % abgeschrieben sowie auch gehörige Rückstellungen gemacht hat, hatte sie doch noch einen Reingewinn von 108 000 M. Die Gesellschaft besitzt heute bereits einen Vorrat an Werkzeugen und Gerätepark im Werte von einer halben Million Mark sowie ein eigenes Geschäftshaus. In der Gesellschafterversammlung am 20. Februar wurde die Erhöhung des Gesellschaftskapitals von 428 000 M. auf 1 055 000 M. beschlossen. Als neue Gesellschafter sind der Bauhütte beigetreten: der Deutsche Bergarbeiterverband, Bezirksverein Zeitz, mit 100 000 M. und die Mitteldeutsche Treuhandgesellschaft in Halle mit 450 000 M. Einige alte Gesellschafter haben ihre Anteile erhöht, darunter der Bezirksverein Altenburg des Bauarbeiterverbandes mit 20 000 M. und die Stadt Ronneburg um 50 000 M. Die Aussichten für das kommende Geschäftsjahr sind gut und die Geschäftsleitung hofft, den Betrieb voll ausnützen zu können.

Die „Berliner Bauhütte“ hat sieben ihren zweiten Geschäftsbericht erstattet, aus dem zu ersehen ist, daß sich der Betrieb auch im zweiten Geschäftsjahr glänzend weiterentwickelt hat. Hatte die Bauhütte im ersten Geschäftsjahr hauptsächlich Arbeiten außerhalb Berlins, so konnte sie im zweiten Geschäftsjahr in Berlin selbst festen Fuß fassen. Die im ersten Geschäftsjahr errichteten Zweigstellen in Prenzlau, Guben und Luckenwalde haben so gut gearbeitet, daß sie bereits im zweiten Geschäftsjahr in selbständige Bauhütten umgewandelt werden konnten.

Die Umwandlung der Zweigstellen Eberstwalde und Gottbus in selbständige Bauhütten steht bevor. Im Niederlausitzer Braunkohlengebiet, wo die Bauhütte ebenfalls größere Arbeiten ausgeführt hat, ist im Laufe des Geschäftsjahres die „Bauhütte Senftenberg“ errichtet worden. Zu ihrer Gründung hat die Mitteldeutsche Treuhandgesellschaft für den Kohlenbergbau eine größere Summe aus Reichsmitteln (Kohlenfonds) zur Verfügung gestellt. Die übrigen Bauhütten sind vorwiegend mit Gewerkschaftsgeldern errichtet worden.

Nach dem Geschäftsbericht konnte die Bauhütte wegen Mangels an Betriebskapital — das Stammkapital ist immer noch 1 Million Mark — die ihr gebotenen Arbeitsmöglichkeiten nur zum Teil ausnützen. Von den im Berichtsjahr übernommenen Aufträgen hat sie für rund 17 1/2 Millionen Mark in das Jahr 1922 übernommen. Bis Mitte Februar waren hierzu bereits für weitere 10 Millionen Mark neue Arbeiten gekommen. Am 30. September waren im Betrieb 789 Personen beschäftigt. Davon waren 83 Kopparbeiter (kaufmännisches und technisches Personal), 287 Maurer, 295 Bauhilfsarbeiter, 121 Zimmerer, 2 Dachbeder, 30 Putzer, 4 Rohrer, 1 Kutscher, 1 Schlosser und 15 Lehrlinge.

Die Abwicklung des äußeren und des inneren Betriebes ging auch im zweiten Geschäftsjahr glatt vonstatten. Die Gesamtbelegschaft war sich bewußt, daß sie im Dienste einer neuen Idee steht und daß der einzelne im Gemeinwirtschaftsbetrieb seine persönlichen Interessen nicht über das Wohl des Betriebes stellen darf. Der Geschäftsbericht sagt darüber: „Obgleich die außerordentlich schwierigen Wirtschaftsverhältnisse jeden einzelnen zur schärfsten Wahrnehmung persönlicher materieller Interessen zwingen, hat unsere Arbeiterschaft an verschiedenen Stellen, wo anderweitig persönliche Vorteile erreicht werden konnten, in unserm Betrieb zugunsten des Ganzen auf die Ausnutzung solcher Sachlage verzichtet. Insbesondere hat die Vertretung der Arbeiterschaft im Betriebsvorstand zur Wahrung einer ausgezeichneten Arbeitsdisziplin im Betriebe mitgewirkt. Die Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung war eine ausgezeichnete.“ Es haben im Laufe des Berichtsjahres 24 Betriebsvorstandssitzungen stattgefunden, in denen über alle Fragen des inneren und des äußeren Betriebes beraten wurde. Außerdem haben 2 Betriebsversammlungen und eine Reihe von Zusammenkünften mit Ob- und Vertrauensleuten der Arbeiter stattgefunden. Außerhalb der beruflichen Tätigkeit fand der Gemeinschaftsgedanke des Betriebes seinen Ausdruck in geselligen Zusammenkünften, an denen sich die Hand- und Kopparbeiter gemeinsam beteiligten, sowie an einem gemeinsamen Ausflug. Der Betrieb hatte im zweiten Geschäftsjahr einen Bruttoüberschuß von 1 220 828,88 M. Davon waren 672 889 M. allgemeine Geschäftskosten. Rund 270 000 M. wurden abgeschrieben, so daß dem Betrieb ein Reinerüberschuß von rund 278 000 M. verblieb. So steht der „finanzielle Zusammenbruch“ der „Berliner Bauhütte“ aus, den die vereinigten Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände des Baugewerbes bei der Gründung des Betriebes schon für das erste Jahr seines Bestehens in Aussicht stellten!

Sehr interessant ist auch der Bericht, den die Bauarbeitergenossenschaft Heilbronn über ihr zweites Geschäftsjahr gibt. Durch Beschluß des Heilbronner Gemeinderats wurde erreicht, daß alle mit städtischen Zuschüssen zu errichtenden Bauten öffentlich ausgeschrieben werden müssen. Dadurch ist die Genossenschaft in die Lage gekommen, sich stets mit den Privatunternehmern zu messen. Das hat sie auch mit gutem Erfolg getan. In welcher Weise sie preislegend gewirkt hat, haben wir in Nr. 2 des „Grundstein“ in einer Tabelle gezeigt. Die Genossenschaft hat es durch die Ausschaltung unangemessener Unternehmergewinne und durch die Hebung der Arbeitsfreude ihrer Arbeiter fertiggebracht, die Baukosten bis zu 53 % zu senken in einer Zeit, wo die Löhne der Arbeiter bis zu 28 % gestiegen sind. In

ihrem Bericht führt die Genossenschaft sämtliche Submissionsergebnisse an, an denen sie beteiligt war. Die meisten Arbeiten, um die sie sich bewarb, hat sie als Billigste bekommen. Sie hat bei diesen Arbeiten den Bauauftraggebern (Staat, Gemeinde, gemeinnützige Baugenossenschaften) 290 018,20 M., das sind rund 12 % der Bausumme, bar erspart. Bei Einrechnung der Tagelohnarbeiten — die Genossenschaft war bei Tagelohnarbeiten um 1 M. bis 1,50 M. für die Arbeitsstunde billiger als die Unternehmer — stellte sich die Ersparnis für die Allgemeinheit auf rund 400 000 M. Dazu kommen noch die Ersparnisse, die dadurch entstanden sind, daß die Genossenschaft auch die Privatunternehmer zur Herabsetzung ihrer Preise gezwungen hat. Interessant ist ferner, daß die Genossenschaft in den 8 Fällen, wo sie trotz ihres Wettbewerbes die Arbeiten nicht bekommen hat, nur um einen ganz geringen Prozentsatz teurer war als der billigste Unternehmer, wobei noch zu beachten ist, daß die Unternehmer Kampfpreise abgaben, um die verhasste Genossenschaft aus dem Felde zu schlagen, was die Gipserinnung selbst zugab. Einschließlich der Tagelohnaufträge hat die Genossenschaft im Berichtsjahre 430 Bauaufträge aller Art ausgeführt, davon 24 vom Staat, 31 von der Gemeinde, 375 von gemeinnützigen Baugenossenschaften und Privaten.

Um dem Heilbronner Baugewerbe wieder gesunden Nachwuchs an Facharbeitern zuzuführen, hat die Genossenschaft im Berichtsjahre 7 Lehrlinge eingestellt. Sie hat die Absicht, in diesem Jahr die Zahl der Lehrlinge noch zu erhöhen. Eine Ausbeutung der Lehrlinge, wie sie in Privatbetrieben vielfach üblich ist, findet bei der Genossenschaft nicht statt. Die Lehrlinge werden nach den von den Gewerkschaften aufgestellten Grundsätzen entlohnt. Sie erhalten im ersten Lehrjahr 93 %, im zweiten 45 % und im dritten 65 % des Gehaltelohnes. Die Genossenschaft war der erste Betrieb, der im Berichtsjahr an die bei ihr beschäftigten Bauarbeiter Ferien gewährt und damit den Beweis erbracht hat, daß auch im Baugewerbe Ferien möglich sind. Auch der Jahresabschluss der Heilbronner Genossenschaft ist trotz ihrer preislegenden Tätigkeit, durchaus günstig. Obwohl sie Abschreibungen in Höhe von rund 29 000 M. vorgenommen hat, hatte sie doch noch einen Reingewinn von über 53 000 M. In einer Reihe von Anerkennungsschreiben wurde der Genossenschaft die gute und die rasche Fertigstellung ihrer Arbeiten bestätigt.

Von den kleineren Baubetrieben hat uns die Gemeinnützige Bauarbeitergenossenschaft Reutlingen ihren Jahresbericht von 1921 überandt. Die Genossenschaft wurde erst im Januar 1921 gegründet. Der Erfolg ihrer Gründung war, daß auch in Reutlingen sofort die Waupreise sanken. In Weßingen ging zum Beispiel der Preis für das Quadratmeter Fuß trotz Erhöhung der Arbeitslöhne durch das Eingreifen der Genossenschaft von 16,50 M. auf 12,50 M. zurück. Fast bei allen Submissionen, an denen sich die Genossenschaft beteiligte, war sie die Billigste. Auch diese Genossenschaft hat im Berichtsjahr mehrere Lehrlinge eingestellt, die im ersten Jahre 20 %, im zweiten 30 % und im dritten 50 % des jeweiligen Gehaltelohnes erhalten. Die Genossenschaft hat von der Stadt einen Lagerplatz mit Geleitsantrieb nachweise übernommen, auf dem sie einen Geräteschuppen und eine Werkstatte für Zimmerer und Betonarbeiter errichtet hat. Im August hat sie mit der Schladensteinfabrikation begonnen, die sie den Winter über in geschlossener Werkstatt fortgeführt hat. Die Genossenschaft hatte einen Reinerüberschuß von rund 20 000 M. Ihrem Bericht hat sie ebenfalls eine Anzahl Anerkennungsschreiben für die ausgeführten Arbeiten angefügt.

Einen Reingewinn von 26 811 M. hat nach der in Nummer 11 des „Grundstein“ veröffentlichten Bilanz die Gemeinnützige Bauarbeitergenossenschaft „Wauwohl“ in Hufum. Dieser Reingewinn konnte erzielt werden, obwohl die Genossenschaft Müßlingen in Höhe von 50 000 M. und Abschreibungen in Höhe von 17 000 M. verbucht hat. Die Genossenschaft „Wauwohl“ in

Sufum ist aus einer Zweigstelle der Genossenschaft „Hauswohl“ in Hamburg hervorgegangen. Nach einem Bericht, den uns die Genossenschaft gibt, ist der größte Teil der Sufumer Maurer und Zimmerer bei der Genossenschaft Mitglied. Wie in anderen Orten, hat auch in Sufum die Beteiligung der Genossenschaft an öffentlichen Ausschreibungen preisregulierend gewirkt. Die Genossenschaft, die als ihr Arbeitsfeld die ganze Westküste von Sufum bis Niebüll betrachtet, hat im letzten Jahre 20 Neubauten, zum größten Teil Doppelhäuser und Sechsfamilienhäuser, ferner eine größere Anzahl sonstiger Bauten ausgeführt beziehungsweise in Angriff genommen. 7 Doppelhäuser der Siedlungsgenossenschaft Sufum waren am Jahresabschluss noch nicht fertig. Von vielen Bauherren wurde anerkannt, daß sie ohne die Genossenschaft ihre Häuser für den Preis, den ihnen die Genossenschaft berechnet, nicht bekommen haben würden. Die Genossenschaft hat Einrichtungen geschaffen, um auch größere Aufträge in Tischlerarbeiten ausführen zu können. Ferner hat sie eine Zementsteinfabrik eingerichtet, von der sie sich für die Zukunft große Vorteile verspricht, zumal sie über ein eigenes Sandlager verfügt. In den letzten 12 Neubauten wurden auch die Klempnerarbeiten von der Genossenschaft ausgeführt. Im Durchschnitt werden von der Genossenschaft 70 Genossen beschäftigt.

Diese Auszüge aus den uns bis jetzt zugegangenen Geschäftsberichten kleiner und großer Betriebe zeigen deutlich, daß die baugewerblichen Kops- und Handarbeiter zur wirtschaftlichen Führung der Betriebe wohl in der Lage sind, und daß es Unfug ist, wenn die Unternehmer so tun, als wären die Mittel, die öffentliche Körperschaften in diese Betriebe hineinstecken, verloren.

Bolschewistischer Reigen.

In 2 Artikeln haben wir uns in den letzten Nummern des „Grundstein“ mit der bolschewistischen Flugschrift befaßt, die von der bolschewistischen Zentrale an einen Teil unserer Bezirksvereine verandt wurde. Heute wollen wir eine kleine Nachlese aus jenem Laborat befehen, um unsern denkenden Kollegen einige heitere Stunden zu bereiten.

Die genannte Flugschrift beginnt mit einem Gebet an die Vereinsvorstände, in dem der wunderbare Satz vorkommt: „Die Unterzeichnenden begehnen sich mit ihren Wünschen...“ Die Wünsche sind ein Teil des Wünschens, sie gehören zu ihm. Wir erleben also hier, daß es unter den Bolschewisten Leute gibt, die sich mit sich selbst begehnen können. Das ist sicher eines der moskowitzischen Desideriumer. Seit langer Zeit haben Hundredtausende es fertig gebracht, einige ihrer Böglinge soweit zu bringen, daß sie sich selbst in den Schwanz beißen und dann spielen „rund um die Welt“. Diese Tiere laufen also gemischelten hinter sich selbst her. Die moskowitzisch-bolschewistische Dressur hat diesen Trick übertrumpft: ihre Böglinge können sich selbst entgegengehen.

Der Berliner Bolschewisten-Ratler teilte uns in der Flugschrift geradezu rätselvolle Entdeckungen mit. Er schrieb:

Der große Haufe in den gewerkschaftlichen Organisationen und an ihrer Spitze die Bureaokratie beschuldigt den Niederlagen auszuweichen, indem man den Kämpfen ausweicht, wartend auf bessere Zeiten. Das aber ist ge-

rade der Fehler, den es rücksichtslos zu bekämpfen gilt; denn bessere Zeiten innerhalb des kapitalistischen Systems können für die Arbeiterklasse nicht mehr kommen.

Also wohlgerichtet, Ihr Bauarbeiter, den Niederlagen muß man nicht ausweichen, man muß sie vielmehr herbeiführen. Das würde natürlich eine Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse zur Folge haben, aber das darf Euch nicht kümmern; denn für Euch handelt es sich darum, die Zufriedenheit des dreifachen Kaisers zu erlangen. Dieser versteht, was Euch nützlich ist. Ihr, der große Haufe mißsamt Euren Bureaokraten, habt bisher die falsche Meinung gehabt, daß der Sieg im Wirtschaftskampf gut für Euch sei. Das ist nach kaiserlicher Ansicht ein Fehler. Zwar sagt er in der nächsten Sagen:

Die Erhaltung des kapitalistischen Systems ist nur möglich, wenn es den Kapitalisten gelingt, die Lebensbedingungen der Arbeiter noch mehr niederzubrüden, wenn es gelingt, große Teile des Proletariats zu vernichten. Die Vernichtung des Proletariats bedeutet aber die Vernichtung der Möglichkeiten des Wiederaufbaus des kapitalistischen Systems. Mit der Vernichtung des Proletariats vernichtet der Kapitalismus die für ihn schaffenden Hände. Will das Proletariat seine Existenz erhalten, muß es die Wirtschaft retten. Die Rettung der Wirtschaft ist aber nicht möglich durch eine nationale oder internationale Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital, sondern nur durch die Aufnahme des rücksichtslosesten und intensiven Kampfes gegen das Kapital. Die Interessen des Kapitals und der Arbeiterklasse sind in keinem Falle mehr identisch, sie sind ganz gegensätzliche geworden.

O sancta simplicitas!

Wir wissen nicht, ob das Justitut, das alljährlich die Verteilung des Nobelpreises vornimmt, auch einen Preis für Wöbbsinn zu verteilen hat. Wenn ja, dann muß Kaiser für den ersten Preis bekommen. Das eine aber wissen wir: wenn Kaiser heute noch bei uns Mitglied wäre, dann würden wir nach jeder seiner Leistung sofort den Ausschluß beantragen. Man muß sich schämen, wenn man daran denkt, daß dieser schwafelnde Dummkopf tatsächlich in unserm größten Bezirksverein zweiter Vorsitzender sein konnte, und daß heute einige tausend Berliner Bauarbeiter in ihm ihren Führer sehen. In dem letzten von uns im Feitdruck hervorgehobenen Satz teilt er, als seine neueste Weisheit, etwas mit, was vor 30 Jahren schon jedes zwölfjährige Arbeiterkind begriffen hatte. Im übrigen ist, wenn man seinen Worten überhaupt einen Sinn unterlegen will, der Kapitalismus die Schlinge, die sich mit vollem Bewußtsein und mit Absicht selbst aufreißt. Und die Arbeiterklasse hat nun nach Kaiser die Pflicht, dieses Beispiel nachzuahmen, indem sie ihre Niederlage herbeizuführen sucht. Lieber die Begriffe Kapital, Proletariat, Arbeiterklasse macht sich Kaiser nicht die geringsten Gedanken.

Für die bolschewistische Flugschrift ist weiter beziehend, daß nach dem Leitartikel von Kaiser Fritz Hedert mit einem Aufsatz anmarschiert. Hat auch er in dem kaiserlichen Unfug höchste Weisheit erblickt, oder darf er es nicht wagen, den ihm beigeordneten Idioten zu berichtigen? Fast möchte man das Erste annehmen, wenn man nachstehende, von Hedert geschriebene Sätze liest: „Das Verantwortungsbewußtseinsgefühl der Masse für den Kampf kann nur gehoben werden, wenn diese an den Entscheidungen über ihr Schicksal teilnimmt. Es ist ein reaktionärer Gedanke, daß eine Anzahl Angehöriger einer Organisation die Verantwortung zu-

tragen haben über das Schicksal der großen Masse. In der Periode, wo die Kämpfe um Sein oder Nichtsein der Arbeiterklasse gehen, kann die Arbeiterklasse in ihren Handlungen nicht durch eine Anzahl Bureaokraten beboruntet werden.“ Die Flugschrift in ihrer Gesamtheit soll sich gegen unsern Verbandsvorstand richten. Wenn das auch für die vorstehenden Sätze Hederts gelten soll, so sind diese einfach eine grobe Lüge. Hedert weiß, daß unser Verbandsrat zum Beispiel über Annahme oder Ablehnung des Reichsarbeitsvertrages, über den Inhalt der Satzung und alle den Verband angehenden Dinge zu entscheiden hat und das vorher monatelang in den Vereinen darüber geredet wird. Bei uns bestimmt also die Mitgliedschaft, was sein soll. Wir nehmen daher an, daß Hedert diese Gelegenheit benutzt hat, um seiner eigenen Partei und dem ihm übergebenen Exekutivkomitee den Spiegel vorzuhalten. Für diese paßen die Sätze wie die Faust aufs Auge. Sie beachten „die Masse“ so sehr als Masse, daß sie niemals nach ihren Wünschen fragen, sondern selbstherrlich von Moskau aus die ganze Welt regieren wollen.

Während der Leitartikel der Flugschrift der Meinung ist, es sei ein Fehler, den Niederlagen aus dem Wege zu gehen, ist der Dritte im Bunde, Otto Bachmann, trampfhaft bemüht, den Verbandsvorstand verantwortlich zu machen für eine Niederlage unserer Berliner Kollegen. Nun ist aber zum Glück allen vernünftigen Menschen in Berlin klar, daß diese „Niederlage“, wenn davon überhaupt geredet werden kann, herbeigeführt wurde durch bolschewistische Unsinnschwärze und Massenstreifer. Aber während Kaiser und Hedert den Kapitalismus „intensiv“ bekämpfen wollen, schwärmt Bachmann für besitzliche Tarifverträge. Während Hedert heute den Gewerkschaftsführern den Vorwurf macht, sie hätten im Kriege den Arbeitern nicht die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsbildung aufgedeckt, denkt er nicht daran, daß heutige tapferere Bolschewisten nicht nur dies nicht getan, sondern wader neben Bürgerlichen in der Kriegshilfe tätig waren. Ist es für ihn nötig, daß er erst in Chemnitz deswegen Entzündungen einzieht?

Als „Theoretiker“ stellte sich in der Flugschrift Oehring, Berlin, vor. Diesem gefällt es nicht, daß wir durch unsere sozialen Baubetriebe das Bauen verbilligen, das heißt, für die Allgemeinheit billige Wohnungen errichten wollen. Zur Allgemeinheit gehören auch die Ausbeuter, die Kapitalisten, die Unternehmer, die also auch dabei profitieren würden. Das darf nicht sein. Und daher ist es nach diesem „Theoretiker“, der übrigens zwei Allgemeinheiten kennt, besser, daß auch die 90 % der Bevölkerung, die die größere Allgemeinheit bilden, teurere Wohnungen haben. Von seiner theoretischen Nichtigkeit ist Oehring so furchtbar eingenommen, daß er sich zum Schluß folgenden Satz leistet: „Statt nun den Zusammenhang mit der bolschewistischen Theorie zu wahren, bauen diese Nichttheoretiker — sozusagen in leerem Raum — ein schönes Gebäude auf, das so ganz schön zu funktionieren scheint, das aber in der rauhen Wirklichkeit zusammenbricht.“ — Wieder eine neue Entdeckung! O, sie sind leistungsfähig, die bolschewistischen Theoretiker! Bisher dienten Gebäude nur irgendwelchen Zwecken. Das Gebäude an sich wurde als tot, als Materie betrachtet. Aber in der „bolschewistischen Allgemeinheit“ gibt es funktionierende, das heißt mit Leben, Bewußtsein und Pflichtgefühl ausgestattete Gebäude. Bei ihnen ist es natürlich möglich, ein Gebäude in einen Raum hineinzubauen, der nicht leer ist. Wenn etwas ein anderes da sein sollte, nun, dann erläßt man ein Dekret, nach dem es als nicht vorhanden betrachtet wird. Etwa wie in Sowjet-Rußland. Uns scheint, verehrt der Theoretiker, Sie leiden sehr stark an De-Kretinismus.

Rarborandum.

ATK. Rarborandum wird durch Zusammenschmelzen von Roßle und Kieselsäure gewonnen und ist ein sehr harter und schwer schmelzbarer Stoff. Er besitzt für die Herstellung feuerfester Steine wertvolle Eigenschaften und kann zum Beispiel fünfmal schwächer verwendet werden als andere feuerfeste Stoffe, ohne seine Form zu verändern. Da ferner auch die Wärmeleitfähigkeit des Rarborandums fünfmal größer ist als die anderer feuerfester Stoffe, so findet es Verwendung, wo es auf eine schnelle Wärmeübertragung ankommt, bei Ruffeln, Puffelsteinen und ähnlichen Ofenanlagen. Da aber schon bei 600 Grad Celsius eine Oxydation eintritt, kommt das Rarborandum für Hartöfen nicht in Betracht; bei reduzierender Flamme können Temperaturen bis über 2000 Grad Celsius angewendet werden. Ueber 1800 Grad Celsius verbinden sich Rarborandanteile mit den Oberflächenteilen des Rarborandums und schmelzen zu einer Art Glasur zusammen, die für die oxydierenden Gase undurchlässig ist, so daß dadurch das Rarborandum ebenso feuerfest wird, als wenn es sich in reduzierender Flamme befände. Für kleinere Stücke, die plötzlichen Temperaturerhöhungen ausgesetzt sind, verwendet man organische Bindemittel, die später ausbrennen.

Jug. O. Binder.

Die Verarbeitung von Schlacken zu Bausteinen.

Von Fritz Pott, Ingenieur.

ATK. Schlackensteine werden schon seit dem Jahre 1865 fabrikmäßig hergestellt. Die Schlacke wird, sowie sie vom Hochofen kommt, in Zerleinermaschinen gebracht, die mit Wasser oder Dampf arbeiten. Die möglichst feine granulirte Masse wird hierauf mit Kalk, der als Bindemittel dient, vermischt und dann zu Steinen gepreßt. Die Steine werden einige Wochen lang an der Luft getrocknet, bis sie ganz fest geworden sind. Besonders in der Zeit der Hochflutnappheit, während des Krieges, griff man auch zu den Schlackenabfällen der Gasfabrikation, des Eisenbahnbetriebes und der Kesselschmieden, die neuerdings besonders für

Siedlungsbauten vielfach Verwendung gefunden haben. Bei der Verwendung dieser Schlacken haben sich in der ersten Zeit der Fabrikation Schwierigkeiten ergeben, denn in diesen Schlacken findet sich noch freier Schwefel, während er in der Hochofenschlacke, die mit etwa 1200 Grad Celsius feuerflüssig den Hochofen verläßt, nicht vorkommt. Der Schwefel bildet aber mit den verwendeten Bindemitteln, Zement und hydraulischem Kalk, schwefelsäure Verbindungen. Diese schädlichen Schwefelverbindungen können durch bis auf etwa 2 % verringern, daß man die Schlacke längere Zeit im Regen und Sonnenschein lagern läßt. Sie wird dadurch ausgelaugt. Ein Schwefelgehalt von nur 2 % ist aber nicht mehr als gefährlich zu betrachten.

Die Festigkeit der Schlacke ist für die Druckfestigkeit der Bausteine maßgebend. Da sie meist in großen Stücken vorhanden ist, muß sie erst in einem Schlackenbrecher zerbrochen und dann in Walzmaschinen bis auf eine Korngröße von etwa 12 mm weiter zerleinert werden. Bei einem Zusatz von einem Teil Zement und 10 Teilen Schlacke werden Bausteine mit einer Druckfestigkeit von 85 bis 88 kg auf das Quadratcentimeter erzielt. Steigender Zementzusatz, etwa 1:8 bis 1:6, erhöht diese Druckfestigkeit noch.

Der Mischung der Schlacken mit Wasser muß besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Meist geschieht dies in Maschinen, zum Beispiel in den sogenannten Rippkonstruktionen von Dr. Gaspary, wie sie zum Beispiel im städtischen Schlackensteinwerk Berlin verwendet werden. Für die ausgetrockneten Schlacken ist mehr Wasser erforderlich als zum Beispiel für Kies und Sand. Ferner muß das Zerstampfen der Schlacke möglichst gründlich geschehen, da sie oft noch Knochensäure aufweisen. Das Formen der Steine geschieht auf besonderen Formmaschinen. Da der Mörtel nach verarbeitet wird, werden die Steine auf Holunterlagen hergestellt, die dann gleichzeitig als Trodenregale benutzt werden können. Nach 2 bis 3 Tagen können die Steine gestapelt werden; nach weiteren 4 bis 6 Wochen Trodenungszeit sind sie gebrauchsfertig.

Wie jede andere Mauer, müssen auch Schlackensteinmauern gegen Erdfeuchtigkeit isoliert und zum Schutze gegen Schlagregen besonders verputzt werden. Feuchtigkeits ist meist auf Nichtbeachtung dieser Vorschriften, nicht aber auf Mängel der Schlackensteine selbst zurückzuführen. Da oefe

Steine eine rauhere Oberfläche besitzen als gebrannte Steine, hält der Verputz an solchen Wänden besonders gut. Die Einwendungen, die noch häufig von vielen Seiten gegen die Verwendung von Schlackensteinen gemacht werden, sind größtenteils nicht stichhaltig und beruhen auf ungenügender Sachkenntnis. Die Erfahrung der Fachleute lehrt, daß sie fast für alle Zwecke des Hoch- und Tiefbaues geeignet sind.

Wenn zwei treue Freunde sind.

Unter der Ueberschrift „Mein Freund“ wurde in Nr. 51, Jahrgang 1921, des „Grundstein“ ein Aufsatz veröffentlicht, der einen alten Bekannten des Kollegen Georg Fröhlich in Köln betraf. Ich will nun keinen Preßkrieg beginnen, will nur mitteilen, daß ich der nicht mit Namen bezeichnete Freund bin. G. Fröhlich und ich kennen uns seit etwa 20 Jahren. Ich muß nun leider feststellen, daß es für ihn ansehnend Lebensaufgabe geworden ist — oder bereits seit 20 Jahren ist — mit irgendeinem Zemand einen Zeitungskrieg zu führen. Das ist ein sehr böser, schlimmer und krankhafter Zustand. Jedoch, wie ich „meinen Freund“ kenne, besteht noch Hoffnung auf Besserung, wenn er 3 Monate lang zu einem Bauern in die Gifel oder am besten in eine noch stillere Gegend zieht, zur Landarbeit. Wenn er dort dreimal täglich kalte Brausebäder nimmt und während der ganzen Dauer des Aufenhalts keine Zeitung liest. Dieser Vorschlag soll etwa eine Verjüngung meines Freundes sein, da ich ernsthaft um ihn besorgt bin. Er möge also diese Kur anwenden, sie wird ihn gesund machen. Das muß ihm mehr wert sein als meine Freundschaft.

Johann Lüttgen, Köln.

Anmerkung der Schriftleitung: Da anzunehmen ist, daß die Gifelbauern ebensowenig als die Bauern in andern Gegenden Deutschlands in ihren Häusern Brausebäder haben, so empfiehlt es sich, daß die „beiden Freunde“ zusammen Landaufenthalt nehmen, dann können sie sich gegenseitig mit der Gifelkanne abraufen. Denn dem zweiten Freund scheint die Kur mindestens ebenso notwendig zu sein als dem ersten. Wir bitten sie aber, in Zukunft ihre Kurvorzüge nicht auf dem Umwege über Hamburg zu machen, sondern sie in Köln einander vorzutragen.

Ein Kemscheider Volksherr, A. D., bemüht sich ebenfalls, den Beweis zu liefern, daß man unter Volksherrn wohl eine große Leuchte sein kann, ohne den Wesen einer Gewerkschaft eine blasse Ahnung zu haben. Er schrieb über die Beratung der Weitragsfrage auf unserm Verbandstag und prägte dabei nachstehende Sätze: „Das Schönste aber ist, daß der Verbandsvorstand und der Beirat vom Verbandstag Vollmacht haben wollen, um, wenn nötig, wegen der Geldveränderung eine Veränderung der Beiträge und Unterstufungen vorzunehmen. . . . Nicht nur dieser Antrag, dem Beirat Vollmacht zu geben, die Beiträge ändern zu dürfen, sondern auch der Antrag, 50 % vom Wochenbeitrag für den Verband der sozialen Baubetriebe zur Verfügung zu stellen, ist abzulehnen.“ — D. kann ebenfalls bei der Verteilung negativer Nobelpreise in Betracht kommen. Soviel hat er eingesehen, daß die Beitragshöhe sich nach der jeweiligen Höhe des Stundenlohnes richten wird; aber er sieht nicht, daß dies für die Regelung der Unterstufungsätze nicht in gleichem Maße zutrifft. So könnte der Fall eintreten, daß die Unterstufungsätze in einem sehr trassen Mißverhältnis stehen zu den Beiträgen. Wenn die Mehrheit der Mitglieder die Möglichkeit eines derartigen Zustandes wünscht, kann es dem Vorstand recht sein. Aber wir fragen A. D.: Wer hat denn beantragt, daß für den Verband sozialer Baubetriebe 50 % vom Wochenbeitrag zur Verfügung gestellt werden sollen? Man muß nicht das lesen, was man zu lesen wünscht, sondern was wirklich da steht.

Heber „Wrennende Jugendfragen“ äußerte sich in der Flugchrift Fröhliche Sothe aus Dessau. Auch er bemühte sich, in einem klaffenden Satz jene Auffassung zusammenzufassen. Aber er hatte ebenjowiel Unglück wie seine Krampfnossen, als er nachstehende Sätze prägte:

Die kapitalistische Produktionsweise, in der wir leben, hat die feudale oder zünftlerische Produktionsweise zersetzt und damit auch die Zergliederung der Gesellschaft in verschiedene Stände aufgehoben und durch die Spaltung der Gesellschaft in die zwei Klassen der Kapitalisten und Proletariat ersetzt. . . . Die Jugend der Bourgeoisie hat auf Grund ihrer guten wirtschaftlichen Lage die Möglichkeit, sich zu Persönlichkeiten zu entwickeln. . . . Unsere Jugend dagegen, ohne Bildungsmöglichkeiten, muß sich schon von 14 Lebensjahre an der Ausbeutung opfern und wird dabei zu am Anspruchlosen, gedankenlosen Arbeitstier erzogen.

Zunächst ist es Unfim, die feudale Wirtschaftsweise direkt neben die zünftlerische zu stellen. Es wird dadurch ein Mangel an Geschichtsbkenntnis aufgedeckt. Dann aber ist es größerer Unfim, von den zwei Klassen der Kapitalisten und Proletariat zu reden. Ist ein Bauarbeiter, der in einem Dorfe wohnt und eine kleine Hofstelle mit einem oder zwei Heftar Land jein Eigen nennt, Proletariat? Nein. Aber Arbeiter ist er und gehört somit zur Arbeiterklasse. Ist ein verarmter Junker, der von den Wohlthaten seiner Verwandten und Bekannten lebt, Kapitalist oder Proletariat? Ist der selbständige Schuhmacher, der einen Gesellen beschäftigt, Kapitalist oder Arbeiter? Ist der Straßenbahnführer, dessen Frau daheim ein kleines Tabakgeschäft betreibt, um das tägliche Arbeits-einkommen zu verbessern, Arbeiter oder Kapitalist? Also so einfach wie Goltze die Klassenscheidung hinstellt, ist sie nicht. Wäre sie es, so wäre der Kampf längst entschieden. Wederwage eine Herabsetzung der Arbeiterkraft aber ist es, wenn Goltze die Sache so hinstellt, als seien in der bürgerlichen Klasse etwa verhältnismäßig mehr „Persönlichkeiten“ zu finden als unter den Arbeitern. Die jetzige Zeit ist uns doch der beste Beweis dafür, wie groß dort der Mangel an „Persönlichkeiten“ ist. Wir protestieren auch dagegen, daß er die Arbeiter als Arbeiterklasse bezeichnet. Aber freilich, die Volksherrn leben ja in dieser Meinung, und nur darauf bauen sie ihr Diktaturprogramm.

Epäbig wirkt es, daß Goltze schrieb: „Es besteht in Wirklichkeit heute kein Unterschied, und besonders im Baugewerbe, zwischen einem Lehrling und einem jugendlichen Arbeiter.“ Wenn das so ist, warum bekämpft dann Andreé, Stettin, in der gleichen Flugchrift die Umstellung. Ist er bestrebt, den Unternehmern die billige Arbeitskraft der Lehrlinge genannten jugendlichen Arbeiter recht nahe zu erhalten?

So können wir aus der Flugchrift nachweisen, daß immer ein Volksherr mit dem andern in Widerspruch gerät. Es wirkt ergötlich, dieses in höchster Mächtigkeit erscheinende Flugblatt. Aber es kann auch nicht anders wirken, weil bei seinen Verfassern nicht die Absicht bestand, auf etwaige Mißstände aufmerksam zu machen, sondern weil es sich für sie darum handelt, den Deutschen Bauarbeiterverband für die kommunistische Partei zu erobern. Dabei ist ihnen der jetzige Verbandsvorstand das stärkste Hindernis. Und so muß denn alles, was dieser Vorstand tut, als falsch, als ein Fehlgang hingestellt werden. Man kann gerade nicht behaupten, daß sei eine kluge Taktik. Wir sind überzeugt, daß die kommunistische Flugchrift bei allen Bauarbeitern mit erster Lebensaufaffung das Gegenteil der gemolten Wirkung ausgelöst hat; denn trotz aller frant-haften Bemühungen kamen seine Verfasser nicht über Pfaffen hinaus.

Damit nun auch unsere Kollegen erfahren, wie jene Leute, die uns vor 2 Jahren als Gelbe, Sozial- und Arbeiterverräter beschimpften, heute über Gewerkschaftsfragen denken, lassen wir die nachstehenden Zeilen folgen. Der Sowjetrussische Volkskommunist für die Arbeit erklärte: Meines Erachtens ist der wichtigste Punkt des neuen Programms der Uebergang zum freiwilligen Eintritt in die freien Gewerkschaften, anstatt des früheren obligatorischen Eintritts. Die freiwillige Mitgliedschaft wird die Autorität der Organisationen stärken und eine größere Aktivität ihrerseits hervorbringen. Die Rolle der Gewerkschaften ändert sich bedeutend bezüglich der Normierung des Arbeitslohnes. Die Gewerkschaften müssen von der unmittelbaren Bestimmung des Arbeitslohnes zu seiner Regulierung durch kollektiveverträge übergehen. Die Durchführung des neuen Programms wird zur raschen Erklärung der Gewerkschaftsbewegung führen.

Es wird also verlangt, daß die russischen Gewerkschaften nach deutschem Muster aufgebaut und zur arbeitsgemein-

schafflichen Tarifpolitik angehalten werden. Das, nachdem man seit 3 Jahren ununterbrochen über Verrat der deutschen Gewerkschaftsbureaukratie schreibt, den sie durch Beiteiligung an Arbeitsgemeinschaften ausgeübt haben soll! Sie gehen darin also weiter als der Deutsche Bauarbeiterverband.

Der Generalsekretär des Allrussischen Gewerkschaftsverbandes und Mitglied des Chertien Volkswirtschaftsrates K u d s u t a f, auch eine unfehlbare Größe kommunistischer Weltanschauung, sagt folgendes: Mit der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik hätten die Gewerkschaften ihre Arbeitsmethoden umformen sollen. Sie konnten sich aber den Verhältnissen nicht anpassen, ließen sich von den Arbeitermassen ab, und die ganze Gewerkschaftsorganisation geriet in eine katastrophale Lage. Der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit wird wieder auf die Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse verlegt.

Damit wird zugegeben, daß die russischen Gewerkschaften unter der Sowjetregierung zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse nichts getan haben oder konnten. Und diese gleiche Unfähigkeit empfiehlt jeder Durchschnittskommunist den deutschen Gewerkschaftern als Ideal!

Der Stellvertreter des Generalsekretärs des Allrussischen Gewerkschaftsverbandes, Komstij, äußert sich wie folgt:

Das neue Programm wird eine eingreifende Veränderung in der Struktur der Gewerkschaften und in der Organisation der Lohntarifnormierung bringen. Die nächste Aufgabe der Gewerkschaften ist jetzt die Ausarbeitung eines Normallohnentafels und die Festlegung des Lebensminimums. Diese sollen aber nur als Richtschnur dienen: Die Leiter der Betriebe müssen in dieser Frage ihre Bewegungsfreiheit behalten, da sie vom Budget und den Mitteln der Unternehmung abhängig sind. Auch die Schlichtung von Konflikten zwischen den Arbeitern und Betriebsleitungen ist eine Aufgabe, die den Gewerkschaften zufällt.

Der Apparat der Gewerkschaften selbst muß zusammengefaßt und vereinfacht werden. Die ganze Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften muß darauf gerichtet sein, daß sie nur von den durch die Mitgliedsbeiträge gesicherten Mitteln existieren und ihre Tätigkeit weiter entfalten können.

Die Durchführung der neuen Politik wird eine bedeutende Verlebung der gewerkschaftlichen Arbeit mit sich bringen und die Arbeitermassen fester zusammenschließen. Auf dieses letzte Urteil weisen wir ganz besonders hin. Hier wird nämlich klipp und klar vorgeschlagen, daß die Taktik und die Ziele der deutschen Gewerkschaftsbewegung zur Norm werden. Hier wird zugegeben, daß die kommunistische Gewerkschaftstaktik, die man den deutschen Gewerkschaften 3 Jahre ununterbrochen aufzuzwingen versuchte, ein vollständiges Fiasko erlebte. Hier wird den Kommunisten klargemacht, daß die Betriebsunternehmer das Recht der weitestgehenden Abwehr gegen die Gewerkschaftsbewegung haben, da die Existenz der Unternehmung vom Gewinn des Einzelunternehmers abhängig ist. Hier wird zwischen den Lehren der staatliche Eingriff in Konflikte zwischen den Arbeitern und der Betriebsleitung abgelehnt und den Gewerkschaften die Aufgabe einer Schlichtungsinanz zugewiesen, die aber nur möglich ist, wenn die Schlichtungsinanz arbeitsgemeinschaftlich aufgezogen wird. Nun weiß man endlich, was die Moskauer Napanalitäten unter gewerkschaftlichen Klassenkampf verstehen! Wenn zum Schluß gesagt wird, daß die Durchführung dieser angeblich neuen Politik der Gewerkschaften eine bedeutende Verlebung der Gewerkschaftsarbeit mit sich bringen wird und die Arbeitermassen fester zusammenschließen, so liegt darin das sicher unfreiwillige Eingeständnis einer völligen Ohnmacht der kommunistisch orientierten Gewerkschaftsbewegung Mißstandes und die Feststellung, daß ein festes Zusammenstehen der Arbeitermassen in Rußland nicht vorhanden ist.

Man hat also seit 1918 den deutschen Gewerkschaftsmitgliedern nach kommunistischer Art etwas vorgelagen; denn seit dieser Zeit hat man das Gegenteil von dem gesagt, was Komstij ausführt. Wir wußten es vorher: Keinem genug, daß im Laufe der Zeit ein Teil — wenn auch kleiner — der Gewerkschaftsgenossen auf die gewerkschaftlichen Annemmachern der kommunistischen Partei hineingefallen ist.

Nun bitten wir unsere Kollegen, die vorstehenden Aeußerungen mit der Flugchrift von Sedert, Kaiser, Bachmann und Komforten zu vergleichen, dann werden sie noch besser begreifen, in wieweit lächerlicher Unwissenheit und Unwahrscheinlichkeit diese Leute sich befinden.

Ein ehrliches Bekenntnis in der Lehrlingsfrage.

Unter dieser Epithete schreibt Dr. Lehbrink, Münster, in Nr. 4 der „Wauzeitung für Rheinland und Westfalen“ einen Alarmartikel, in dem er den Nachweis führen will, daß der Zimmererverband in einer Hinsicht für die künftigen zentralen Tarifverhandlungen ein Mißlingen aufgestellt habe, daß der Organisations- und Tarifvertrag ausstehend sei, daß die Gestaltung und der Kontrollrat des Lehrverhältnisses zu klären sei. Dieser Nachschlag sei ein deutlicher Beweis dafür, daß die Arbeit der Gewerkschaften darin geht, auch die Lehrlinge in den Tarif einzubeziehen. Die gleiche Tendenz will Lehbrink auch aus den Ausführungen auf der Jugendkonferenz des Deutschen Bauarbeiterverbandes feststellen haben. Mit rührender Deutlichkeit habe dies der Gewerkschaftssekretär (?) Dahme hervorgehoben, indem er bei der Begründung des Antrages auf tarifliche Regelung des Lehrlingswesens sagte: „Wir sollten bei aller Hervorhebung anderer Faktoren nicht übersehen, daß es die Hauptsache ist, tüchtige Gewerkschaftler zu erzeugen.“ Bemerkt somit, Ihre Herren Handwerksmeister von der „ehrbaren Junft“, die Gewerkschaften haben, nach der endgültigen Entbedung ihres Syndikats Dr. Lehbrink, die

Absicht, bei der Heranbildung von 3 Millionen Lehrlingen, die jährlich angeblich in Frage kommen, auch ein Mißlingen über deren Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzubeden. Aber das sei unecht von den Gewerkschaften, denen der Berufsgebanke, das Streben nach Qualitätsarbeit und die Heranziehung eines tüchtigen ausgebildeten Nachwuchs abgehe. Im selben Atemzuge stellt Dr. Lehbrink bei „gemäßigter Logik“ fest, daß der bekannte christliche Arbeiterführer Dr. Brauer in der Zeitchrift „Die Bau-gewerkschaft“ den Berufsgebanken als Vorbedingung zum Wiederaufstieg propagiere. In einem anderen Absatz erhofft er „von dem gefunden Sinn“ der christlichen Gewerkschaften, daß sie den Gewerkschaftsplanpunkt, wie er in den Worten des Gewerkschaftssekretärs Dahme zum Ausdruck gekommen sei, nicht auch in den christlichen Kreisen überhand nehmen lassen, sondern daß sie daran mitwirken, daß die Lehrlingsausbildung der Fürsorge der Innungsmeister überlassen bleibe. Nun hat Dr. Lehbrink selbst festgestellt, daß der Berufsgebanke durch den christlichen Arbeiterführer Dr. Brauer propagiert wird, trotzdem will er auch die christlichen Gewerkschaften ernsthaft verwarnen, in das Lehrverhältnis einzugreifen und die Heranziehung eines tüchtigen Nachwuchs mit zu übernehmen. Im Innungsplanpunkt ist nur nach Recht und Gerechtigkeit, sondern auch aus „traditionellem Idealismus“ die Lehrlingsausbildung vorbehalten bleiben müsse. Der „Führungsmeister Rudelhaus, Essen, habe in einem Vortrag über „Lehrlingswesen und Gewerkschaften“ gesagt: „Auf dem Gebiete der Lehrlingsausbildung ist der Idealismus in unserm Handwerk zu jedem Opfer bereit, und der Grund dafür ist offensichtlich. Der Handwerker, der einen Lehrling ausbilden will, muß ein Stück von seinem Innern fortgeben, tut er das nicht, dann wäre er kein Meister.“ Vor-sichtigerweise schreibt der Artikelreiber weiter: So denkt ein Handwerksmeister, und Tausende haben diese Worte gern und freudig unterfchrieben.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß Dr. Lehbrink mit einer Abhandlung über Handwerksgeschichte früherer Jahrhunderte als Doktorarbeit durchs Ziel ging, und daß er nun glaubt, etliche Auszüge davon dem aufstrebenden Publikum vorlesen zu müssen. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die Fioskel von der Hergabe eines Stückes vom Innern des Innungsmeisters bei diesem selbst verständnisvolles Rädeln auslösen wird. Die Moralität, die manche Leute an den Tag legen, ist oft bewundernswürdig. Die Entwicklung ist einen andern Weg gegangen und hat das Innungsgebilde zum Untergang verurteilt. Daran ändern auch nichts die überlebten Bestimmungen der Gewerbeordnung, die ihnen noch einen Schein von Rechtsboden geben. Es ist also eitel Schaumspülagerei, wenn Dr. Lehbrink von einem „ehrliehen Bekenntnis in der Lehrlingsfrage“ artikuliert und die Begoffenen gruselig zu machen versucht vor der Gefahr, daß die Bauarbeiter sich mit allem Nachdruck für die Verbesserung der Interessen der Lehrlinge einsetzen werden. Auch das Hülsejuden bei den christlichen Verbänden wird ohne Erfolg bleiben, so bezeichnend diese Wiedererklärung an sich auch zu bewerten ist. Die Lehrlingsfrage ist ein Teil der Arbeiterbewegung geworden; wenn nicht mit dem Willen und Einverständnis der Innungsmeister, dann gegen sie! Trotz alledem!
Philipp Endlein, Köln.

Die Behandlung der Arbeitsinvaliden durch Reich, Staat und Gemeinde.

Daß keine Gruppe von Staatsbürgern wird seitens der Reichsgehegung und Verwaltung so nachsichtig und mit einem gewissen Widerwillen, um nicht zu sagen Mißachtung, behandelt wie die Arbeitsinvaliden und die Witwen und Waisen der auf Grund der Invalidenversicherung versicherten, früh verstorbenen Arbeiter. Diese Behandlung im allgemeinen ist nicht erst neueren Datums, sondern eine Begleitscheinung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, deren Moral Heinrich Heine kennzeichnet mit den Worten:

Wenn du aber gar nichts hast,
O, dann lasse dich begraben!
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben!

Dadurch, daß die Arbeitsinvaliden gar nichts mehr haben, weder Eigentum noch das Leben, ihre Arbeitskraft, mehr besitzen, scheiden sie aus dem Produktionsprozeß aus und mehr je als überflüssige Verbraucher an, und zwar um so mehr, je größer die Leuerung wird.

Von dieser Einspähung bleiben scheinbar auch Staat, Reich und Gemeinde nicht frei, erfordern diese Arbeits-unfähigen doch täglich Unterhalt, ohne daß dafür eine Gegenleistung eintritt. Da ist es denn kein Wunder, wenn die Gehegung erst in allerlehter Linie an die Unglücklichen denkt und ihre Versorgung an Bedingungen knüpft, die sie zu Staatsbürgern zweiter Klasse herabwürdig. Daran ändert auch nichts die heutige demokratische Form unseres Staates, obgleich in ihm alle Bürger gleiche Rechte haben sollten. Und warum werden die Invaliden der Arbeit so behandelt? Doch nur, weil ihr Wert für den Staat gleich Null geworden ist, sie sich also gegen die Uebergriffe nicht zur Wehr setzen können, weder das Mittel des Streiks noch das der Demonstration anzuwenden in der Lage sind. Dazu kommt dann noch, daß die Invaliden oder Hinterbliebenen selbst bei ihren Klagengegnossen nicht auf Verständnis oder gar Unterstützung rechnen dürfen, obgleich doch gerade die gefunden Arbeiter ein großes Interesse an einer ausreichenden Invalidenversorgung haben müßten. So wie die Klagengegnossen handeln aber leider auch zuweilen noch die Organisationen der Arbeiterkraft, ebenso wie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der die Organisation der Invaliden nicht nur nicht fördert, sondern ihr sogar feindlich gegenübersteht.

Um dem Vorwurf zu begegnen, ich malte zu schwarz, will ich ein Beispiel anführen und daran zeigen, was man den Arbeiterinvaliden alles zu bieten mag, ohne fürchten zu müssen, bei der Arbeiterkraft auf Widerstand zu stoßen: Bei der Neuegung der Invalidenbeiträge im Juli 1921 hat man alle, die vor dem 1. Oktober 1921 Invaliden waren, ausgeschaltet, obwohl sie ihre Beiträge in Goldwährung geleistet haben, ihre Rente nun aber in entwertetem Papier-

geld erhalten. Witwengeldauszahlung und Waisenaussteuer sind aufgehoben, also tatsächliche Versicherungen geschaffen. Dabei ist aber vom Weisheit aus für die Arbeitslosen während des Krieges und nachher nichts getan; denn die geleisteten Zulagen stammten nicht aus dem Reichsfiskus, sondern aus den Besonderefonds der Versicherungsanstalten, und das übrige haben die Arbeiter durch die erhöhten Beiträge aufgebracht. Da jedoch die Not immer größer wurde, ging man dazu über und schuf ein Gesetz, das sich betitelt: „Gesetz, betreffend Maßnahmen für Rentempfänger aus der Invalidenversicherungsordnung“, das am 19. November 1921 verabschiedet und am 7. Dezember veröffentlicht wurde. Dieses Gesetz kennzeichnet das Wohlwollen, das an den maßgebenden Stellen für Arbeitslosen herrscht, und kann jeden besetzen, wie man Sozialpolitik nicht betreiben soll. Es wird nun bestimmt, daß den Sozialrentnern eine Beihilfe gewährt werde, und zwar dergestalt, daß die Rente und das übrige Einkommen 3000 M erreicht. Der Mut ist erstaunlich, den die Räter dieses Gesetzes aufgebracht haben, als sie den Arbeitslosen zumuten, mit einem herabgezogenen Betrage auszukommen, der doch tatsächlich zum Sterben zu niedrig ist! Und diese Unzulänglichkeit würde noch in den Kauf genommen, wenn alle Rentempfänger diese Beträge erhielten. So sind zum Beispiel für Witwen und Waisen die jährlichen Höchstbeträge 2100 M beziehungsweise 1200 M! Aber es ist ja auch gar nicht beabsichtigt, allen die Zulage zu geben, sondern sie wird nur gewährt, wenn die „Bedürftigkeit“ festgestellt ist. Das Wort „Bedürftigkeit“ heißt zwar nicht im Gesetz, aber die Kläuser und die Ausführenden Bestimmungen zwingen die Behörden zu solchen Maßnahmen. Weist die Ausführung dieses Gesetzes den tatsächlichen Wohlfahrtsämtern übertragen. Jeder Invalide, der Anspruch auf die „Wohlfahrt“ des Gesetzes erhebt, muß dort einen Antrag stellen. Und nun beginnt das Ausfragen nach Name, Alter, Stand, Gewerbe, ob in oder außer Beschäftigung, nach Kindern, deren Alter, deren Beschäftigung, deren Verdienst, deren Aufenthalt usw. Von dem Gesamtergebnis der Familie kommen 2000 M nicht in Anrechnung, alles andere wird mit einbezogen; die Kinder dürfen ja nicht von ihrer Pflicht, für ihre arbeitsunfähigen Eltern zu sorgen, entbunden werden! Selbst Einkommen aus privaten Versicherungen, soweit sie 600 M übersteigen, kommen in Anrechnung. Die Folge all dieser Schwierigkeiten ist, daß viele Leute, die unterstützungsberechtigt sind, sich gar nicht melden, um der entlosten Fragerei zu entgehen. Aber gerade dieses System der Fragestellung ist es, das die Arbeitslosen so sehr erbittert. Allen andern Rentempfängern und Pensionären zählt man die Zulagen und Bezüge ohne Frage nach der Bedürftigkeit, den Invaliden der Arbeit, der so lange Träger und Stütze des Staates und der Gesellschaft war, als er arbeitete, behandelt man ausnahmsweise. Man stellt sie mit Armenempfindlern auf eine Stufe, gibt fast als eine „Wohlfahrt“, was berechtigte Forderung an die Gesellschaft ist. Merkt es Euch, Ihr gesunden Klaffengenossen! Vielleicht triffi Euch einmal ein gleiches Los im Alter. Darum schließt Euch an unser Protest an, helft uns, diese Bestimmungen beiseite zu werfen, die auch den Arbeitslosen und deren Hinterbliebenen Recht werde!

Wilhelm Walzer, Silberfeld, Gehwegstr. 15. 2. Et.

Zum Ablauf der Tarifverträge.

Mit der Erneuerung der Tarifverträge hängen die Bestimmungen über die Vertretung der Arbeiter auf den Baustellen und deren Mitwirkung und Kontrolle am Betriebsvorgang eng zusammen. Während des nunmehr zweijährigen Bestehens des Betriebsratsgesetzes hat sich gezeigt, daß das BRG, soweit es überhaupt „tatsächl.“ Anhaltspunkte zur Mitwirkung im Produktionsprozess bietet, den Verhältnissen vorausgesetzt ist. Wenn wir dieses hier aussprechen, so geschieht es nicht in der Annahme, daß die Demokratisierung der Wirtschaft verzögert sei oder wirtschaftspolitisch ein solches Problem bleiben möge, sondern die nüchternen Tatsachen drängen sich uns auf in der Erkenntnis, daß die geistige Einstellung der Arbeiter dem vielseitigen Organismus der Wirtschaft noch nicht entspricht. Diese Kernfrage der geistigen Einstellung, die Kräfte und Gesetze der bestehenden Wirtschaftsform zu erkennen, und mit festem klarem Willen unablässig und zielbewußt die Gemeinwirtschaft aufzubauen, ist die Vorbereitung, auch die technischen Schwierigkeiten meistern zu lernen. Wir sind uns einig darin, daß der Weg über „Revolutionsierung“ der Köpfe steinig und hart ist; doch muß er beschritten werden.

Das Unvermögen mancher Delegierten auf der Baustelle wird befohlen, wenn sie mit ihren Aufgaben vertraut gemacht werden. Den Unternehmern vom Hoch- und Tiefbaugewerbe sind die Bestimmungen des Reichstarifvertrages über die Vertretungsvertreter auf den Baustellen, wie das BRG, überhaupt, bisher nicht gefährlich geworden. Vielmehr haben sie den Delegierten ihre Rechte recht häufig zu schmälern gewußt. So hat die Verpflichtung der Unternehmer aus den §§ 71 und 72 des BRG für uns praktisch kaum Bedeutung erlangt. Besonders deshalb ist die Bestimmung des Reichstarifvertrages, wonach das Amt des Baudelegierten ohne weiteres erlischt, wenn die Baustelle sich ihrem Ende nähert. Wer stellt fest, daß aus diesen Gründen das Amt des Delegierten erlöschen ist? Selbstverständlich der Unternehmer, indem er den Baudelegierten auf die Straße wirft. In einem solchen Falle stellte der angesehene Schlichtungsausschuß fest, daß bei noch 8 beschäftigten Arbeitern, von ursprünglich 24 Beschäftigten, die Entlassung des Delegierten gerechtfertigt sei, „da die Baustelle X sich ihrem Ende nähert“. Gestreckt wurde die Arbeit nicht. Das Ende kam für die Baustelle erst nach 6 Wochen. Dabei lagen noch weitere Baustellen des selben Unternehmers in der Nähe des Stadtgebietes. Diese lauschartige Bestimmung muß in der bis herigen Form in die Vertiefung verschwinden; denn die Wirtschaftlichkeit des Betriebes ist bei der sich nach rechts entwickelnden Rechtsprechung des Schlichtungsausschusses mit dem Profitstreben des Unternehmers gleichgesetzt.

Am meisten liegt unsern Kollegen daran, daß die Löhne den Preissteigerungen schneller als bisher angepasst werden. Es muß zugestanden werden, daß die Vertragsbestimmungen

im § 5 Ziffer 4 eine gewisse Beweglichkeit nicht vermessen ließen. Doch muß darauf geachtet werden, daß der Begriff: „wesentliche Änderungen“ in den Kosten des Lebensunterhaltes nicht zu einer Härte wird. Es ist an sich schon hart genug, daß die Auswirkungen der Teuerung erst nach Wochen und Monaten statisch erfasst werden und Berücksichtigung finden, nachdem die Arbeiter für schon längere Zeit ertragen mußten. Das Rechte zu treffen, wird auch diesmal schwer halten. Eine Zeit hindurch wurde viel über die gleiche Lohnstala geschrieben und gesprochen. Andere Fach- und Wirtschaftspolitiker empfahlen den „Weltmarktlohn“ als erstrebenswert. Auch ein Teil unserer Kollegen beteiligte sich an diesen Debatten. In letzter Zeit kommen die Unternehmer wieder mit dem „Sozial- oder Familienlohn“ und sind dabei natürlich nur um ihren Profit besorgt. Wir Bauarbeiter haben allen Grund, zu bezweifeln, daß ein Soziallohn zum Vorteil derer dienen soll, die man den Bedürfnissen des Lebens entsprechend besser entlohnen zu wollen vorgibt. Wir wahres Gefühl empfinden die Unternehmung, indem sie uns bei jeder Gelegenheit — leider nicht ohne Erfolg — den Segen der Affordarbeit anpreisend. Da können die Bauarbeiter, so meinen sie fast während väterlich, „ihre Frömmigkeit“ erproben, ein „Hohes Gebot“ verbieten, und alles Leid und alle Not seien befohlen. Man stellt sich wenn diese freie Bahn der Frömmigen gilt unter den Arbeiter auszuweichen beginnt, indem die verbrauchten Arbeiter von ihren eigenen Kollegen von der Arbeit ausgeschlossen werden. Damit denkt man, auch dem Wirtschaften zu können, ebenso den verfallenen sozialen Wert. Die Herren vom Tiefbaugewerbe verdienen die ganz besondere Beachtung der Bauarbeiter. Es braucht nur an die Regenzübergänge und die Ferienfrage erinnert zu werden, um darzutun, daß bei unfern Tiefbauarbeitern Grund genug vorliegt, um mit den Tiefbauunternehmern ein offenes Wort zu reden.

Phil. Endlein.

Anträge an den Verbandstag.

Nichtigstellung.

Die Erfurter Bezirksleitung teilt für den Verein Erfurt mit, daß der Verein zu den §§ 7 und 12 keine Anträge gestellt hat, sein Name bei diesen Anträgen also irrtümlich genannt ist.

Die Bezirksleitung des Nürnberger Bezirks erucht uns, richtigzustellen, daß die drei zu den §§ 22, 25 und 28 unter Nürnberg genannten Anträge von dem Bezirksrat Nürnberg gestellt sind und nicht von dem Verein Nürnberg.

Ferner ist bei den Anträgen zu § 12 als antragstellender Verein Erdringen zu lesen anstatt Göttingen. In den allgemeinen Anträgen ist unter „Sonstiges“ als antragstellender Verein Plauen zu lesen anstatt Passau.

Bezirksstag des Bezirks Breslau.

Am 26. Februar tagte in Breslau die Bezirkskonferenz. Anwesend waren 107 Delegierte. Als Vertreter des Hauptverbandes war Kollege Köpfer erschienen.

Möller gab einen Bericht über seine Tätigkeit im vergangenen Jahre. Er stellte kurz die demoralisierte politische und wirtschaftliche Lage und ging dann auf die Bauwirtschaft ein. In den ersten 6 Monaten war die Bauwirtschaft, trotz der großen Wohnungsnot, schlecht. Die reichen Leute, die aus Polen zugewandert sind, lassen nicht bauen, sondern nehmen auch die Wohnungen noch. Die Ziehlingsbauten konnten auch nicht so gefördert werden, wie es wirtschaftlich wert ist, weil die Regierung zu spät Mittel zur Verfügung stellte. Erst im Juni besserte sich die Bauwirtschaft. Es trat dann Mangel an gelernten Arbeitern ein, der aller Voraussicht nach in diesem Jahre noch größer sein wird. Bei den Hilfsarbeitern hatten wir das ganze Jahr hindurch Arbeitslosg. Die Unternehmer wollen selbstverständlich daraus Vorteile schlagen und die Gewinne zwischen Gelehrten und Ungelernten vergrößern. Während der Kriegszeit ruhte das Bauwesen und es konnten keine Verträge ausgehört werden. In Waldenburg und in Oberhesseln war eine sehr gute Bauwirtschaft. Aber die Unruhen in Oberhesseln haben unsern Kollegen dort viel geschadet. Viele von ihnen sind zu Kasse geprügelt oder erschossen worden. Andere wurden verhaftet und es besteht wenig Hoffnung, sie jemals wiederzusehen. Aufsch hatten wir an Baustoffmangel zu leiden. Aber daran ist meistens die Regierung schuld. Von uns wurde des öftern besonders auf das Abbrechen von Ziegeln hingewiesen. Aber es nützte alles nichts. Allein in Schlesien wurden Ziegelstein mit einer Gesamtjahreserzeugung von zusammen 181 Millionen Ziegeln niedriger. Die noch bestehenden Ziegelwerke wurden zu wenig oder gar nicht mit Kohle beliefert. Daselbst trifft bei den Zementfabriken zu. Auch an Transportmitteln war großer Mangel und wegen der trockenen Jahreszeit konnte der Wasserweg nicht benutzt werden. Der Bauarbeiterlohn lag noch viel zu wünschen übrig. In Breslau selbst ist nur ein Baufontrolleur, obgleich mindestens 8 zu tun hätten. In der Provinz ist es noch schlimmer. Dort sind die Kontrollen nur ehrenamtlich angelegt. Die meisten werden vom Landrat noch beeinflusst. Auf diesem Gebiete muß noch viel Aufräumarbeit geleistet werden. In der Agitation hätte mehr geleistet werden müssen; aber bei der heutigen wirtschaftlichen Lage war dies unmöglich. Früher hatten wir alle 2 Jahre einen Vertrag abzuschließen, während dieser Zeit konnte man sich dann der Arbeitslosigkeit zuwenden. Heute müssen wir 12 Verträge abschließen und alle 4 oder 8 Wochen haben wir Lohnverhandlungen. Besonders schwierig sind die Verhältnisse im Tiefbau. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des vorigen Jahres 36 971. Neue Vereine wurden nicht gegründet, dagegen wurde der Bezirksverein Stenau geschlossen. Wenn bei einzelnen Kollegen die Befürchtung bestand, daß durch die Vertragserrhöhung ein Mitgliederverlust eintreten würde, so sind sie jetzt vom Gegenteil überzeugt worden. Als gemeinnützige Organisation besteht im Bezirk der Zentralverband christlicher Bauarbeiter. 15 Unternehmer-Ortsvereine sind

einem sogenannten gemischt-gewerblichen Arbeitgeberverband angehöhen. Bei diesen spielen die Metall- und Textilindustriellen die große Geige. Nebenher ist der Meinung, daß das kommende Jahr ziemlich günstig verlaufen wird. Deshalb müssen wir die Organisation stärken und ausbauen. Die Einnahmen betragen 82 218, die Ausgaben 76 959 M.

In der Aussprache erklärten sich sämtliche Redner mit der Tätigkeit des Bezirksleiters einverstanden. Wechsler wurden meistens nur über den Hauptverband geführt; es wurde für die Vereine mehr Bewegungsfreiheit verlangt. Köpfer setzte dann auseinander, warum die entscheidenden Schritte dem Hauptverband überlassen bleiben müssen. Ebenso betonte er sich gegen das Bestreben einzelner Leute, den Verband in ein parteipolitisches Jahrgewässer hineinzubringen. Möller berichtete noch kurz über den Stand der Ferien- und der Bildungsfragen, worauf ihm einstimmig Entlastung erteilt wurde.

Den zweiten und dritten Punkt der Tagesordnung füllte ein Vortrag des Kollegen Köpfer über den Baugewerksbund sowie über die neuen Tarifverhandlungen aus. Ein näheres Eingehen darauf erbringt sich, weil diese Fragen schon ausführlich im „Grundstein“ behandelt worden sind.

Ueber die Sozialisierung des Baugewerbes sprach Kollege Wölgel. Er schilderte die großen Schwierigkeiten, mit der die Bauhüttenbewegung zu kämpfen habe und betonte die Notwendigkeit eigener Kaufkraftbereiche für die Bauhütten. Am Schluß seiner Rede forderte er auf, die Bewegung mit allen Kräften zu fördern und auch Sozialkassengebilde für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

In der Aussprache wies Kollege Möller noch auf die Möglichkeit einer tariflosen Zeit hin. Ein Antrag des Bezirksleiters an den Verbandstag, den jehigen Unterstufungsklassen noch 3 anzuschließen, die den Kollegen mit 10 und noch mehr Jahren Mitgliedschaft gerecht werden, fand einstimmige Annahme.

In die Bezirksleitung wurde einstimmig wieder gewählt: als Bezirksleiter der Kollege Möller und in den Ausschub die bisherigen Ausschubmitglieder, mit Ausnahme des Kollegen Junzsch, an dessen Stelle der Kollege Hoer, Riegnik, trat.

Bezirksstag des Bezirks Karlsruhe.

Am 26. Februar tagte in Karlsruhe der Bezirksstag. Anwesend waren ein Mitglied des Hauptverbandes, 3 Mitglieder des Bezirksauschusses und 56 Vertreter. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Bezirksauschusses. 2. Der Verbandstag 1922. 3. Beratung etwaiger Anträge. 4. Wahl des Bezirksauschusses.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung führte Kollege Horler aus: Bei Beginn des Jahres 1921 litten die meisten Vereine unter starker Arbeitslosigkeit. Erst im Juni trat die Besserung ein und damit auch sofort ein Mangel an gelernten Arbeitern. Diesen Mangel glaubten die Unternehmer ausbilden zu müssen, indem sie Verlängerung der Arbeitszeit und Einführung der Affordarbeit verlangten. Ebenso beschäftigte man sich mit dem Gebanten, Zustände zu holen. Die Stadt Karlsruhe verlangte Verlängerung der Arbeitszeit sowie Einführung der Affordarbeit. Die Unternehmer machten Eingaben an den Reichsarbeitsrat und an den Reichstag, um eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erreichen. Die Reichsregierung und Sozialarbeit ist seit 10 bis 15 Jahren der Zukunft für die Bauarbeiter des Süddeutschens. Durch die Arbeiteraufstände werden Bauarbeiter in noch stärkerem Maße als bisher beschäftigt werden. Schon bei dem Streik im Spätherbst wurden dort 8000 Bauarbeiter festgehalten. Ohne diese Arbeitsstelle hätte eine starke Abwanderung in andere Gebiete stattfinden müssen. Diese Jahr 1921 brachte uns eine Zunahme von 1501 Mitgliedern. Der Zu- und Abgang ist immer noch erheblich. So sind allein von dem Verbanden 3950 Kollegen übergetreten. Zu anderen Verbänden sind 3329 übergetreten. Jedes Jahr erhalten wir frische Kräfte vom Lande; darunter Kollegen, die 2, 3, 4 und noch mehrmal aufgenommen werden müssen. Insgesamt hatten wir einen Zugang von 17 020 Mitgliedern, dem Abgang von 15 519 gegenübersteht. Die Lage unseres Bezirks als Grenzland macht die ständige Abwanderung nach der Schweiz, dem Saarland, Ostpreußen und Frankreich berechtigt. Außerdem arbeitet ein Teil unserer Kollegen in Holland.

Am Schluß des Berichtsjahres hatten wir im Bezirk 27 965 organisierte Kollegen. In andern Arbeitgeberorganisationen kommen die Christlichen mit 2812 Mitgliedern, die Christ-Änderer mit 28 Mitgliedern, die Missionen mit 283 Mitgliedern in Frage. Die Abrechnung für den Bezirk ergab eine Ausgabe von 82 555,17 M.

Der Markenumsatz war nicht überall groß. In den größeren Vereinen wie Mannheim, Karlsruhe, Borsheim, Bietrach, Freiburg war er durchschnittlich gut. Liebergeheim zum Bauarbeiterlohn, wies der Berichterstatter auf den von uns erhobenen Protest hin. Die damals in die Bauarbeiterlohnbestimmungen aufgenommenen Verschlechterung war die Arbeit von Gemeintäten. Wir haben die Angelegenheit nicht weiter verfolgt, weil ein Reichsbauarbeiterlohngebiet zu erwarten ist. Allerdings arbeitet hier die Reichsbehörde außerordentlich langsam. In einzelnen Orten haben unsere Kollegen bei den Behörden beantragt, Bautenkontrolluren aus Arbeiterkreisen anzustellen; teilweise auch mit Erfolg. Am schlechtesten sieht es mit dem Bauarbeiterlohn in den Kleinstädten und Landorten aus. Eine Anzahl schwerverletzte und auch Tote haben wir hier gehabt. Besonders im Wurgtal und im Pfalz.

Die meist unfruchtliche Frage ist die Lohnfrage. Zunächst hatten wir mit den Unternehmern einen Kampf um das Bezirkslohnamt. Verhandlungen mit dem Preisverband für die Pfalz verliefen ergebnislos. Ebenso die Verhandlungen in Mannheim. Am 30. Juni fanden die Verhandlungen für Ober- und Mittelbaden statt, die ergebnislos waren. Das Bezirkslohnamt fällt einen Spruch, der 35 3 für Hilfsarbeiter und 50 3 für Gelehrte vorsah. Dieser Spruch wurde von uns abgelehnt. Durch neue Verhandlungen wurden 50 3 für Hilfsarbeiter und 65 3 für gelernte Arbeiter erzielt. Im August kam es in Pfalz zum Streik, weil die Arbeitgeber den Schieds-

Reichstarifvertrag.

Die im Februar abgeschickten Verhandlungen sollen auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers am 24. und 25. März fortgesetzt werden. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen werden wir sofort in der Tagespresse berichten. Außerdem werden die Vorstände der Vereine durch Rundschreiben unterrichtet.



Wünscht heute keine der Zahlstellen mehr, selbständiger Verein zu werden. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1921 mit den von Westpreußen übernommenen 5 Vereinen, die zusammen 2391 Mitglieder hatten, 16 166. Neuaufnahmen waren in der Berichtzeit 20 089 zu verzeichnen, von denen über die Hälfte dem Verbande wieder verloren ging. Der Verlust ist fast vollständig für das Tiefbaugewerbe zu buchen. Auch haben wir einen solchen Verein, und zwar Soltau, mit 153 Mitgliedern an Polen abtreten müssen. Die Hauptfacheinnahmen aus den gesamten Vereinen des Bezirks betrugen 1919 870 660,47 M., 1920 1 345 010,02 M., 1921 1 874 980,50 M. Zufüsse von der Hauptkasse für Steuer-, Erwerbslosen- und Krankenunterstützung waren erforderlich 1919 178 880,65 M., 1920 322 800 M., 1921 996 402 M. Der Bestand der Lokalkassen betrug am Schluß des Jahres 1921 240 245,61 M. Als gegnerische Organisation kommt nur der christliche Bauarbeiterverband in Betracht. Seine Mitgliederzahl ist derart zusammengedrückt, daß nur noch ein kleines Häuflein vorhanden ist. In Masuren sind sie vollständig von der Wirtschafte verschunden. Eine kleine Anzahl befindet sich noch in Allenstein und im Ermland. Jedoch geht auch dort die Zahl ständig zurück, so daß die Lage bis zum Gesamtvergleichungen gefährlich ist. Der Kampf mit der christlichen Organisation ist leicht im Verhältnis zu dem mit den bolschewistischen Intrieben im Bezirksverein Königsberg. Es ist hier so weit gekommen, daß man eine Union gründete, deren Bestehen nicht von langer Dauer war. Aber auch die letzte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Königsberg, die von etwa 300 Kollegen besucht war, zeigte die geistige Höhe, auf der sie stehen. Wegen des ständigen Stands in den Versammlungen bleibt die übergroße Zahl der Mitglieder den Versammlungen fern, was bedauerlich ist. Diejenige Umstände ist es auch zu verdamnen, daß die letzte Versammlung die von der bolschewistischen Zentrale ausgearbeiteten Anträge angenommen hat. Es wird höchste Zeit, mit den Veranlassern der Intriebe in Königsberg aufzuräumen. Zu dieser Angelegenheit wurde folgender Antrag des Bezirksauschusses einstimmig angenommen: „Der Bezirksauschuß billigt die Maßnahmen des Verbandsvorstandes gegenüber den bolschewistischen Intrieben im Verband. Er erwartet, daß der Verbandsvorstand den Verband auch in Zukunft vor jeder Schädigung durch kommunistische Zellenbauer schützt.“ Weisend ist, daß auch die anwesenden Kommunisten diesem Antrag zustimmten. Mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe ist noch so leidlich auszukommen. Der schlimmste Gegner auf dieser Seite ist der Reichsverband für das Tiefbaugewerbe, der hier den streupflichtigen Arbeitgeberverband für Handel, Industrie und Gewerbe, einer der schlimmsten Scharfmacherorganisationen, als Gruppe angeschlossen ist. Diese Herren verjagen bei jeder Lohnverhandlung, für sich etwas Besonderes herauszuholen. Dies ist ihnen aber bis jetzt nicht gelungen. Die Unternehmer in Rißlit glauben, nach dem hannoverschen Vorbild allein besser zu fahren und traten aus dem Bunde aus. Sie müssen aber jetzt einsehen, daß es anders gekommen ist und zahlen immer einige Pfennige mehr Lohn als die im Bund organisierten Unternehmer. Die Lohnbewegungen während der Berichtzeit gingen nicht immer glatt vonstatten, sondern erforderten Kämpfe. Schon beim hannoverschen Abkommen mußten die Unternehmer in bezug auf die Forderung des Streiks und Wasserzerrung Verhandlungen werden. Aber auch bei den Verhandlungen 1921 mußten wir die Unternehmer angehen, da sie das Zustandekommen des Reichslohnstandes sabotierten. Die letzten Verhandlungen gingen glatt vonstatten. Es beträgt der Stundenlohn im

	Königsberg	Lohngebiet	II	in den Dörfern (Gumbinnen, Preußen, Rastenburg)
für Maurer.....	13,94	11,72	11	11,20
„ Zementfacharbeiter	13,94	11,72	11	11,20
„ Zementarbeiter ..	13,36	11,33	10,62	10,82
„ Bauhilfsarbeiter ..	13,12	10,97	10,05	10,39
„ Tiefbauarbeiter ..	12,72	10,09	9,32	9,51

Die achtstündige Arbeitszeit wurde von manchen Kollegen, die auf dem Bande arbeiteten, nicht eingehalten. Mit besonderer Vorliebe überschritten die Arbeitszeit die Holzleger Kollegen. Es sind dieses unsere Schmerzenskinder, und es wird, um dort Ordnung zu schaffen, noch tüchtig gearbeitet werden müssen. Aber auch unsere Weiden nehmen es mit der gesetzlichen Arbeitszeit nicht so genau. In vielen Fällen, die die Bezirksleitung zur Anzeige brachte, hatte sie hinsichtlich der Befragung des Unternehmers keinen Erfolg. Unsere Kollegen nicht einmal durchschmittlich hatten. In dem Jahre Beschäftigung im Baugewerbe 6 Monate für die geringe Bautätigkeit sind, daß von Privatbau fast nichts gebaut wird, und daß durch den beschleunigten Abbruch des Baugewerbes schwer geschädigt wurde. Die Bauaufsätze kamen zum Beispiel im Jahre 1921 so spät heraus, daß bis Juni noch große Arbeitslosigkeit war. In den Sozialversicherungsbestimmungen hat die Bezirksleitung schaffig Anteil genommen. Zurecht sind in der Provinz 16 Betriebe, darunter eine Anzahl Genossenschaften, die zu Bauhütten umgestellt werden müssen. Um die Ungleichheiten bei Entlohnung der Obmannen und Einkassierer der Zahlstellen aus der Welt zu schaffen, wurde folgender Antrag angenommen: „Die Zahlstellen erhalten vom 1. April an als Anteil zur Gleichung der Verwaltungsverhältnisse von jeder verkauften Beitragsmarke 50 Pf., von jeder Eintrittsmarke 1 M. Die Verteilung dieser Einnahmen erfolgt nach folgenden Grundsätzen: Der Zahlstellenkassierer (Obmann) erhält von jeder in der Zahl-

stelle verkauften Beitragsmarke 10 Pf. Die Einkassierer erhalten von jeder verkauften Beitragsmarke 30 Pf., einschließlich der Verteilung des „Grundfests“ auch an die beitragsfreien Mitglieder. Etwaige Materialverluste werden nicht extra vergütet. Die noch verbleibenden 10 Pf. sind für Porto, Schreibmaterialien und sonstige Ausgaben der Zahlstelle, wie Führung Bestenhefter, Kartellbeiträge usw., zu verwenden. In Vereinen ohne Angestellten erhalten die Vereinskassierer ebenfalls 10 Pf. von jeder verkauften Beitragsmarke, die Einkassierer 30 Pf., der Vorstände die nachgewiesenen Veräußerungserlöse.“

In der russischen Sprache wurden von den Rednern keine Einwände erhoben und die Tätigkeit der Bezirksleitung im allgemeinen anerkannt.

Dann hielt Kollege Ellinger einen Vortrag über die Sozialisierung des Baugewerbes, in dem er darauf hinwies, daß die Arbeiterhaft selbst Hand an Werk legen müsse, wenn es gelingen solle. Folgender Antrag wurde angenommen: „Der Bezirksrat beschließt, daß jeder Verein des Bezirks Königsberg von jedem Mitgliede in den Monaten Mai, Juni, Juli, August und September einen Sozialisierungsbeitrag von 6 M. monatlich zu erheben hat. Die eingehenden Mittel sind dem Bezirksauschuß zur Verfügung zu stellen, der damit die vorhandenen sozialen Baubetriebe auf gesunde Grundlagen zu stellen und, soweit dieses nötig, neue Bauhütten zu gründen hat. Sollte der Verbandsrat den Antrag des Bezirks Königsberg auf Erhöhung des Verbandsbeitrages annehmen, so wird der vorstehend genannte Beitrag nicht erhoben.“

Bei der Beratung der Tagesordnung des im Mai stattfindenden Verbandsrates wurde es mit Freuden begrüßt, daß der Verbandsvorstand die Gründung eines Industriebundes so weit gefördert hat, daß die Gründung auf dem Verbandsstage erfolgen soll. Dadurch wurde allgemein, daß einzelne Verbände, insbesondere der Zentralverband der Zimmerer, bis jetzt die so wichtigen Frage so wenig Verständnis entgegengebracht haben.

Bei der Wahl der Mitglieder des Bezirksauschusses wurden folgende Kollegen einstimmig gewählt: als Bezirksleiter Kriege, als Ausschussmitglieder Straßewski und Nitzing, Königsberg, Budcat, Rißlit, Schiffo, Syd, und Waude, Elbing.

Die ganze Tagung bot ein erhebendes Bild und zeigte, daß die Abgeordneten mit frischem Mut nach Hause reisten, um aus der Organisation das zu machen, was sie sein soll.

Bezirksrat des Bezirks Stettin.

Am 5. März tagte in Stettin der Bezirksrat. Von Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Abgeordneten das Andenken des kürzlich verstorbenen Bezirksleiters, des Kollegen Wilhelm Schauer, durch Erheben von den Sitzen.

Den Geschäftsbericht erläuterte Kollege G a n t w o vom Bezirksauschuß. Er hob hervor, daß sich der Bezirksauschuß vor allen Dingen mit Lohnbewegungen und mit der Sozialisierung zu beschäftigen hatte. Die Mitgliederzahl zeigt während der verfloffenen 2 Jahre keine große Veränderung; ihre Zahl ist in dieser Zeit von 10 576 auf 12 231 gestiegen. Die Werbetätigkeit ist infolge fortgesetzter Lohnbewegungen etwas zurückgeblieben. Manche Vereine haben aber trotzdem gut gearbeitet. Eine ganze Anzahl ungelerner Arbeiter können noch für den Verband gewonnen werden, wenn die Kollegen sich mehr als bisher darum kümmern. Die Bautätigkeit ließ 1920 zu wünschen übrig; viele mußten in anderen Berufen Arbeit nehmen. Im letzten Jahre hätten wir das ganze Jahr hindurch eine sehr gute Bautätigkeit haben können, wenn die behördlichen Stellen schneller gearbeitet hätten. Später trat zeitweise ein Mangel an gelerntem Bauarbeitern ein. Die Beschaffung von Bauhilfen war oft schwierig. Rändliche Besitzer haben Mauerwerke und Bauholz aufgelaufen, ohne bereit ans Bauen zu denken. Hier handelt es sich um eine reine Kapitalanlage. Die Arbeitslosigkeit war Ende 1920 sehr groß, noch größer aber Anfang 1921. In vielen Orten wird trotz der Verbodung des Reichsarbeitsministers vom 7. Dezember 1921 den Bauarbeitern keine Erwerbslosenunterstützung gewährt. Der Umfassung stehen, obwohl die hiesigen Behörden als auch die Unternehmer absehend gegenüber; auch bei unsren Kollegen ist diese Abweisung sehr hart. Der jetzt übliche Nachbau hat dazu geführt, daß beim Bau oft wenig Sorgfalt angewendet wird. Afford- und Prämiararbeit wird als üblich, so daß immer noch eine ganze Anzahl Opfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit blieben. Die meisten Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang kommen bei Hochspannungsarbeiten vor. Die Lohnverhandlungen im Jahre 1920 waren nicht sehr erfolgreich. Infolge nur mittelmäßiger Bautätigkeit waren die Unternehmer im Vorteil; zum Schluß ging der Mebner noch auf die im Verbandsrat getretenen Beschäftigungsbestimmungen ein. Besonders in Stettin machen sie sich bemerkbar; aber auch im übrigen Bezirk sind einige Dörfer angegriffen.

In den Verhandlungen schloß sich eine ausgedehnte Aussprache an, die besonders die von kommunistischen Oppositionen bestritten wurde; diese folgte damit der Meinung ihrer am 4. März abgehaltenen Sonderkonferenz und schloß sich planmäßig „die Stürmer“ vor. Das Ziel war, die bisherige Bezirksleitung unter allen Umständen zu stützen; dazu war ihnen kein Mittel zu schlecht. Dafür bekamen diese Kollegen manche ihnen unbenutene Wahrheit zu hören. Von dem Vertreter Polzins wurde schaffig Klage geführt über das leider immer noch so sich greifende Meberarbeiten. Alle Bestrafungen mühten hier nicht.

Zu einigen in der Aussprache vorgebrachten Fragen und Anknüpfungen äußerte sich auch unser Verbandsvorstand, Kollege G a n t w o. Er streifte dabei den Entwurf des neuen Reichstarifvertrages. Weiter gab Redner Hinweise und Ermahnungen bei Arbeitsstellungen. Mit recht kaltem Neben werden keine Lohnkampfe gewonnen. Die jeweiligen Nach- und Wirtschaftsverhältnisse dürfen hierbei nicht außer Betracht gelassen werden. Den Vorwurf, daß eine Anzahl Mitglieder ohne Grund aus der Organisation ausgeschlossen

spruch nicht anerkannt. Ein überaus heftiger Kampf tobte im Saargebiet, der nach 5 Wochen mit einem Teilerfolg beendet wurde. Am 22. September wurde uns eine Forderung von 1 M. zugepfropfen. Die prungfähige Preisentwicklung veranlaßte uns, im Oktober neue Verhandlungen zu beantragen. Das wurde abgelehnt. Durch das Verhalten der Arbeitgeber waren wir im November um 2 bis 3 M. hinter den Stundenlohn der andern Gebiete zurück. Das Bezirkslohnrat brachte keinen Spruch zu Stande. Darauf forderten wir örtliche Verhandlungen, drangen aber nicht durch damit. Der Schlichtungsausschuß in Mannheim fällte einen Spruch, der von unsern Kollegen aber abgelehnt wurde. Jetzt kam es in Mannheim, Ludwigshafen, Freiburg i. B. und Kaiserslautern zum Kampf. Wir zeigten den Unternehmern hiermit, daß wir auch im Winter nicht willens sind, alles in den Kauf zu nehmen. Am 12. Dezember 1921 tagte in Mannheim ein Schlichtungsausschuß, das uns eine Erhöhung des Stundenlohnes bis 4,50 M. zusprach. Eine Urabstimmung über dieses Ergebnis ergab eine Mehrheit für Annahme. Ein Streikunterstützung wurden gezahlt 2 975 906,07 M., Arbeitslosenunterstützung 421 742,47 M., Krankenunterstützung 671 720,55 M. und an Erwerbslosenunterstützung 44 614 M.; zusammen 4 113 983,09 M. Die Lokalkassenbestände erhöhten sich von 238 862,28 M. auf 468 575,28 M.

Im Frühjahr 1921 haben wir eine planmäßige Werkarbeit eingeleitet. Eröffnet wurde sie mit einem Flugblatt. Dann fanden im Bezirk im ganzen 261 Versammlungen statt. Im Herbst fanden Werbeveranstaltungen für die Wipser statt. Ob der Wunsch eines Teiles unserer Wipser nach Sonderverträgen, erfüllt werden kann, muß die Zukunft lehren.

Unsere Sozialisierungsbewegung wurde im Berichtsjahre gut gefördert. Es bestehen zurzeit 15 Betriebe; auch ist der Bauhütten-Betriebsverband für Waben und die Wafal gegründet worden. Wir haben von einzelnen Verbänden Darlehen aufgenommen, und es muß gesagt werden, daß die Verbände uns in der weitestgehenden Weise unterstützen haben. In freiwilligen Sozialisierungsbeiträgen ist die Summe von 152 126 M. eingegangen. Das Stammkapital des Bauhüttenbetriebsverbandes wurde von 500 000 auf 750 000 M. erhöht.

An der sehr sachlich geführten russischen Sprache beteiligten sich die Kollegen Kneplow, Hermann, Füg, Steiger und Wiskel.

Ueber die Aufgaben des kommenden Verbandsrates sprach Kollege K a e p l o w. Er sprach eingehend über die Notwendigkeit, die sozialen Baubetriebe mit größeren Geldmitteln zu unterstützen, damit diesen Betrieben eigene Bauhofsfabriken angegliedert werden können. Dann ging er zur Besprechung der Tarifvertragsfragen über, um dann über den Baugewerksbund zu sprechen. — An der russischen Sprache beteiligten sich 7 Kollegen. Dann wurde folgende Entscheidung angenommen:

Der Bezirksrat hat Kenntnis von den Vorschlägen der Arbeitgeberverbände für einen neuen Tarifvertrag erhalten. Die Forderungen der Arbeitgeber, betreffend Verlängerung der Arbeitszeit, Affordarbeit und Alterslohnstufen sind unannehmbar. Sollte es bis zum Ablauf des alten Tarifvertrages nicht gelingen, die Arbeitgeber von ihren Forderungen abzurufen und einen Tarifvertrag zustande zu bringen, der für die Arbeiter annehmbar ist, so sind die Mitglieder entschlossen, zunächst ohne Tarif zu arbeiten und dann örtlich die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Die Abgeordneten aller Vereine verpflichten sich, dahin zu wirken, unvorbereitete Lohnbewegungen und Wünsche einzelner Arbeiter oder Arbeitergruppen zu vermeiden und in den kommenden schweren Tarifkämpfen von allen Bauarbeitern unbedingte Disziplin zu verlangen. Die Abgeordneten erkennen, daß andernfalls nur Niederlagen für die Bauarbeiter herauskommen können.

Zur Schaffung eines Baugewerksbundes nahm die Konferenz wie folgt Stellung:

Der ordentliche Bezirksrat für den Bezirk Karlsruhe erklärt sich für die Errichtung des Deutschen Baugewerksbundes einberufen. Er gibt der Meinung Ausdruck, daß der vom Verbandsvorstand und Verbandsrat vorgelegte Satzungsentwurf im allgemeinen eine gute Grundlage für den Baugewerksbund darstellt. Die Abgeordneten erklären sich bereit, in ihren Heimatorten für den Deutschen Baugewerksbund zu werben, und hoffen, daß der neue Bund recht bald alle Arbeiter des Baugewerbes und Baubewerbes umfassen möge.

Die Wahlen ergaben einstimmig die Wiederwahl des bisherigen Bezirksauschusses. Kollege Füg schloß darauf die harmonisch verlaufene Konferenz mit der Aufforderung, gerüstet und bereit zu sein für das Kommende.

Bezirksrat in Königsberg.

Der Bezirksrat des Bezirks Königsberg fand am 5. März statt. Anwesend waren 44 Abgeordnete aus den Vereinen und Zahlstellen; als Vertreter des Hauptverbandes Kollege Ellinger und als Gast der Leiter des Bauhüttenbetriebsverbandes Hr. Kollege Neffmann. Nicht vertreten waren die Vereine Soltau und Schippenbel. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht des Bezirksauschusses. 2. Die Sozialisierung des Baugewerbes. 3. Interstattdinender Verbandsrat. 4. Wahl des Bezirksleiters und des Ausschusses. Aus dem Bericht des Bezirksleiters, Kollegen K a e p l o w, war zu entnehmen. Nach Übernehmung der Hauptaufgaben darauf richten, die durch den stetig noch übrigbleibenden Kräfte zusammen zu sammeln und sie dem Verbande zuzuführen. Die Arbeit, die hierzu erforderlich werden mußte, war nicht leicht, zumal durch die allgemeine Verwirrung bei der Revolution die Aufsicht vorhanden war, daß nun, nach der Revolution, die Gewerkschaften keine Erstlingsberechtigung mehr haben. Um die Situation im Bezirk besser betreiben zu können, sind wir in der Berichtzeit dazu übergegangen, mehrere kleinere Vereine zu Bezirksvereinen zusammenzuführen. Auch diese Zusammenführung ließ bei einigen Vereinen auf Schwierigkeiten; jedoch

feien, weiß Kollege Paeplov als vollständig unvorb. zurück. Solche Mitglieder sind auf Grund der Beschlüsse des Karlsr. Verbandsstages ausgeschlossen worden.

Nach der Aussprache wurden zahlreich. Anträge erledigt. Ein Antrag, der Bezirksleitung das „schärfste Mikroskop“ auszusprechen, und die Ausschüsse rückgängig zu machen, wurde mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Zur Wahl des Bezirksauschusses wurden 2 Listen eingereicht, eine vom Bezirksauschuss und eine von der Opposition. Abgegeben wurden insgesamt 99 Stimmen.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Paeplov über die Fragen, die den diesjährigen Verbandstag besonders beschäftigen werden: die Sozialisierung, der Baugewerksbund und der neue Tarifvertrag.

Die Sozialisierung des Baugewerbes ist ein Problem, das sich hier eine Wiederholung des Vortrages erübrigt. Dem Vortrage unseres Verbandsvorsitzenden schloß sich ein Vortrag des Herrn Lüd, Leiter der „Bauhütte“ Stettin, über „Die Sozialisierung des Baugewerbes“ an.

Nach längerer Aussprache über beide Referate hatte um 6 Uhr abends der Bezirkstag seine Arbeiten beendet.

Mehr Wirklichkeit.

In den letzten Jahren haben wir des öfters unsern linksstehenden Kollegen zurechen müssen, das Rad der Entwicklung nicht künstlich mit Sturmesseite in Bewegung zu setzen, sondern mehr den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen Rechnung zu tragen.

Wir haben uns mit den bisherigen Verschmelzungen abgefunden, wollen aber nicht vergessen, daß sich manche unserer Hoffnungen dabei nicht erfüllt haben. Bei den größeren Organisationen, die einem Baugewerksbund betreten müßten, stehen wir auf großen Widerstand.

Die wichtigsten Ausführungen des Kollegen Meyer sind schon vor einigen Wochen zugegangen, leider fehlte der Raum, sie früher zu veröffentlichen. Nachdem der „Grundstein“ in seiner letzten Nummer Wesen, Zweck und Ziel des Baugewerksbundes eingehend dargelegt hat, wird Kollege Meyer, wie auch andere Kollegen, die den Nutzen eines Baugewerksbundes bezweifeln, eingesehen haben, daß diese Form der Organisation geradezu das Mittel sein wird, die Berufsfragen mehr als bisher zu fördern.

Wie sie heßen.

Das in Köln erscheinende Kommunistenblättchen, genannt „Sozialistische Republik“, glaubt anheimelnd, es würde gegen das Mosstauer Evangelium, wenn es nicht in jeder Nummer die Gewerkschaftsleitungen beschimpft.

„Von all dem Gland der Arbeiter wollen die Führer nichts wissen. Sie sitzen weich und warm hinter der Rentalkasse und lassen sich gut sein bei auskömmlichen Gehältern und guter Speiseverwaltung.“

„Immachsiglicher kann wohl nicht geübt werden. Verhandlungen mit den Unternehmern werden als Weingelagte hingestellt, auf unsern Bureaus fehlen die Habannas aus der Unternehmerliste nicht, die Mitglieder werden gepörscht, Beiträge zu bezahen, daß diesen Arbeiterverrättern Willen gehaut werden können!“

„Was die Villa des Herrn Fröschlich angeht, so sei bemerkt, daß es sich um eine Anspielung auf unsere Heimstätten-Genossenschaft handelt.“

„Die kommende Gerichtsverhandlung, dessen sind wir absolut sicher, wird feststellen, daß der Artikel von Anfang bis zu Ende kein einziges wahres Wort enthält und daß er keinen andern Zweck verfolgt, als die Führer der Gewerkschaften beschuldigen zu machen und die Mitglieder gegen sie aufzubringen, einzig und allein, um die kommunistische Parteilichkeit zu fördern.“

Arbeitsmarkt.

Die Firma Schreiner & Neßler in Chemnitz, Marktstraße 14, stellt sofort Poliere für Schornsteinbau und Kesselmauerung ein.

Die Firma Neumarmorwerk, A. Ganter in Durlach (Baden), Gröschinger Straße 1, sucht zum sofortigen Eintritt Marmorarbeiter auf Kunstmarmor. Angebote sind an die Firma zu richten.

In Gieblen können nach 80 bis 100 Maurer Arbeit haben. Vertraglicher Lohn 14,50 M. Unterkunft ist vorhanden. Zureichende Kollegen wollen sich an das Vereinsbureau in Woltschhausen wenden.

In Teßlin i. Mecklenburg stellt Maurermeister Bützow noch einige Maurer ein. Vorherige Meldung ist notwendig.

Berichte.

Bonn. (Jahresbericht.) Es sind Kriegesfolgen, wenn überall Wohnungsnot besteht und dennoch die Bautätigkeit nur sehr schwer wieder in Gang kommt.

Arbeiter in einer Zementfabrik tätig, sind zum Fabrikarbeiterverband übergegangen. Der Klassenbericht ergab für die Hauptklasse als Einnahmen 847 902 M.

Duisburg. (Jahresbericht.) Die Bautätigkeit war gut, dennoch geschieht für die Förderung des Kleinwohnungsbaues leider immer noch zu wenig.

Die Firma Schreiner & Neßler in Chemnitz, Marktstraße 14, stellt sofort Poliere für Schornsteinbau und Kesselmauerung ein.

Düren. (Jahresbericht.) Zu Anfang des verflohenen Jahres hatten wir eine große Arbeitlosigkeit, besonders unter den ungelerten Arbeitern.

Ein Teil der Delegierten erfüllt gut und gewissenhaft seine Aufgaben. Bei anderen bestehen noch Schwierigkeiten. Es fehlt es den Kollegen an der nötigen Kenntnis ihrer Rechte. Durch regelmäßige Teilnahme an den Betriebsratversammlungen, an den Delegiertenzusammenkünften, können die Kollegen diese Kenntnisse erwerben und dadurch das Baudelegiertenwesen verbessern. Auch für die Durchführung eines guten Bauarbeiter-Schulungswesens würde dadurch vieles gebessert werden können. Zurzeit gibt es noch arge Mängel. Vorschriftenmäßige Wandbuden und Worte sind selten. Sicherheitsvorschriften werden sehr oft unbeachtet gelassen. Auf unser Drängen wird Dürren in nächster Zeit einen Bauteilkontrolleur aus den Reihen der Bauarbeiter erhalten. Hoffentlich werden Leben und Gesundheit der Bauarbeiter dann besser als bisher zu schützen sein. Die 4 schweren Unfälle, die sich außer einer ganzen Anzahl leichterer Unfälle ereigneten, beweisen die Notwendigkeit eines besseren Schulungswesens. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Berichtsjahres 944, Anfangs des Jahres hatte unser Verein 1000 Mitglieder. Der Rückgang der Tiefbauarbeiten hat diese Mitgliederabnahme am meisten verursacht; sind doch allein 314 Mitglieder zu anderen Verbänden übergetreten. Allerdings mußten auch 255 Mitglieder wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. Die Werbearbeit darf also nicht ruhen. Außer der genannten Mitgliederzahl hat unser Verein 23 jugendliche Mitglieder. Das Vermögen der Vereinstafel ist von 20 182,30 M auf 45 981,87 M gestiegen. Der Hauptkassensaldo betrug 162 600,66 M zugunsten der Vereinstafel. Für Unterstützung durch Kämpfe anderer Berufsstände in Mitleidenschaft gezogene Kollegen 631 M, in Sterbefällen sind 784 M ausgegeben worden. Aus den Ergebnissen unserer vorjährigen Verbandssatzung ergibt sich für alle Mitglieder die Lehre, daß sie auch im neuen Jahre einig und mit vereinten Kräften an dem Ausbau unseres Verbandes mitarbeiten müssen; denn es sind schwere wirtschaftliche Kämpfe zu erwarten.

Düsseldorf. (Zahresbericht.) Im verfloßenen Jahre hatten wir 4 Lohnbewegungen. Auch zum Streit mußten wir greifen, um die Anerkennung eines Lohnanspruches zu erzwingen. In Lohnherhöbungen wurden erreicht zuerst 40 %, dann 80 % im Juli, im September 1,70 M, und im November 4 M; das sind zusammen 6,90 M. Zurzeit stehen wir wieder in Verhandlungen wegen Lohnherhöhung. Die Bautätigkeit war im allgemeinen gut. Die Mitgliederzahl ist auf 4000 gestiegen. Infolge des großen Bedarfs, besonders unter den Hilfsarbeitern, leidet jedoch die Festigkeit der Organisation. Es ist jedoch zu hoffen, daß eine Festigung der wirtschaftlichen Lage dazu beitragen würde, daß sich im künftigen Baugewerbe ein Stamm von Bauhilfsarbeitern bildet. Wir hatten viele Streikteilnehmer vor den verschiedenen Schlichtungsinstitutionen zu vertreten, die meistens zu unsern Gunsten entschieden wurden. Die Vereinsangelegenheiten wurden in 180 Sitzungen und Versammlungen erledigt. Drei Flugblattaktionen wurden verteilt. Für die Hauptkassette wurden eingekommen 1 289 972,20 M. Die Lokalkasse hatte 372 028,53 M Einnahmen und 291 850,05 M Ausgaben, so daß ein Kassensaldo von 80 169,48 M blieb. In der Generalversammlung wurde beschlossen, der Mitgliedschaft 3000 M und dem Revolutionsfonds ebenfalls 3000 M zu überweisen. Ferner nahm die Generalversammlung nachstehende Entschlüsse an: „Die Generalversammlung der Bauarbeiter Düsseldorf spricht den streitenden (Anmerkung der Redaktion: Müß wohl jetzt heißen „den getreift habenden“) Eisenbahnbeamten und Arbeitern ihre volle Sympathie aus. Sie beurteilt aufs schärfste den ungesetzlichen Entlass der Reichspräsidenten, der die schwersten Zeiten der Weimarer Republik in den Schattentönen stellt, nicht nur das Koalitionsrecht der Beamten und Arbeiter illusorisch macht, Streikführer mit Verhaftung und Verhaftung bedroht, sondern sogar Streikfonds, gesammelte Arbeitergewinne, beschlagnahmt läßt. Mit gleicher Schärfe beurteilt die Versammlung die Maßnahmen und Verfügungen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen. Die unsozialistischen Handlungen gegen die kämpfenden Klassenangehörigen müssen wie hinterläßene Giftstoffe wirken. Die Versammlung verlangt vom Hauptverband die sofortige Durchziehung unserer Vertreter aus dieser Körperschaft, um damit zu verhindern, daß die Bauarbeiter Deutschlands jeden Anteil an diesem Klassenverrat mit Würde zurückweisen. Die Versammlung fordert das örtliche Kartell auf, sofort eine öffentliche Sympathie-Demonstrationssammlung anzuberaufen. Trotz der durch viele Kämpfe geschwächten Finanzkraft unserer Organisation bewilligt die Versammlung sofort als erste Rate 5000 M für die streitenden Eisenbahner und verpflichtet jedes Mitglied zur Zahlung einer Extrasteuer von 20 M in 4 Raten, die durch Marken quittiert werden und dem allgemeinen Kampffonds zuzuführen.“

Anmerkung der Schriftleitung: Wir haben die vorstehende Entschlüsse in ihrem vollen Wortlaut am besten abgedruckt, weil sie als Beweis für die Großherzigkeit unserer Düsseldorf-Kollegen gelten kann. Sie bewilligen selbst dann Geld aus ihrer Lokalkasse und legen sich eine Extrasteuer von 20 M auf, wenn sie mit einem Recht annehmen dürfen, daß der „deutschnationale“ Vorstand der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner diese „bolschewistische“ Gabe zurückweisen wird. Oder wird auch in diesem Falle der Spruch: „Geld stinkt nicht“ gelten?

Städt. (Zahresbericht.) Die Gesamteinnahme betrug für die Hauptkassette 30 431,40 M, davon wurden in der am Hauptkassette gefand 22 994,50 M an Unterstützungen für Kranke, Arbeitslose, Gemagregelte und bei Todesfällen wurden 7436,90 M ausgegeben. Die Bautätigkeit war von 1920 bis in den Herbst 1921 sehr gut, ruhete aber nach dieser Zeit fast ganz. Bei 2 Unternehmern wurden alle unsere Kollegen wegen Arbeitsmangel entlassen. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß die Arbeitstätigkeit in kurzer Zeit begehren werden wird. Die Mitgliederbewegung war bis zum letzten Quartalschluß nur unwesentlichen Schwankungen unterworfen; denn da wurde dem Verein wieder ein Teil der Zurückgezogenen zugeführt. Es fanden 14 Mitgliederbesammlungen, eine Generalversammlung, 6 Ausschüsse, 4 Quartalsversammlungen und 4 Bauabspreschungen statt. Im übrigen stand das Jahr im Zeichen ständiger Lohnbewegungen. Durch die Einigkeit unserer

Kollegen war es möglich, sämtliche Lohnherhöhungen ohne Kampf durchzuführen. Die Löhne der Facharbeiter haben sich bis zum Jahreschluß verdoppelt, die Stundenlöhne für Hilfsarbeiter stiegen von 4,95 M auf 9,25 M. Der Kassensaldo der Lokalkasse kann als gut bezeichnet werden. Er ist teils im Bauhilfs-Betriebsverband Nordbayern, teils im hiesigen Konsumverein angelegt.

Städt. Als Ergebnis der neuen Verhandlungen betragen die Stundenlöhne im obersteilehigen Industriebetrieb seit dem 11. März für

Maurer, Zimmerer und Zementfacharbeiter	16,70 M.
geübte Bauhilfsarbeiter über 19 Jahre	15,30
ungeübte	13,40
Tiefbauarbeiter, Plazarbeiter	13,40
Junggehilfen im 1. Gesellenjahre	13,80
2.	15,30
Feuerungsmaurer (alte Arbeit)	16,80
(heißes 50 Grad)	17,80
Fliesenleger	18,37
Isolierer	16,80
Stuckateure	25,30

Die tägliche Auslösung beträgt für

Maurer	18,40 M.
Feuerungsmaurer	41,-
Isolierer	20,-

Sagen i. B. In der am 12. Februar 1922 abgehaltenen Generalversammlung, zu der alle Zastellen bis auf Vertreter fehlten, wurde berichtet über das abgelaufene Geschäftsjahr. Im ersten Halbjahr war die Bautätigkeit ziemlich schwach, war doch der Umsatz an beitragsfreien Marken im 2. Quartal größer als im 1. Quartal, auch die Neuaufnahmen waren im 1. Quartal zahlreicher. Die Nachfrage nach Mauern war im 3. Quartal ein, dann aber bald so stark, daß der Bedarf nicht gedeckt werden konnte. Im Vereinsgebiet Sagen sind 773 Bauten ausgeführt worden, darunter 436 Wohnungsbauten. Für die Hauptkassette ergab der Kassensaldo in Einnahme und Ausgabe 494 689,10 M.

Arbeitslorenzählung.

Montag, den 27. März, muß in allen Vereinen festgestellt werden, wie viele Mitglieder arbeitslos sind. Kein Verein darf fehlen. Die Zählergebnisse sind den Bezirksleitern auf den dafür gelieferten Karten schnellstens zuzufenden.

Die Vereinstafel hatte eine Gesamteinnahme von 222 734,13 M und eine Ausgabe von 183 308,91 M. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 2784. Die An- und Abmeldungen sind nicht betrübend. In der Hauptkassette arbeiten hier viele Kollegen, die ihre Beiträge in der Heimat zahlen, weil sie dort niedriger sind. Die Suche nach Arbeit, eingeschleppt von den größeren Städten des Industriegebietes, hat auch im Vereinsgebiet einige Kränkliche entstehen lassen. Die Generalversammlung hat beschlossen, daß Mitglieder, die in Afford arbeiten, nicht Vorstandsmitglieder oder Dönnamer sein dürfen. In Lohnbewegungen gab es einmal die im Industriegebiet, dann eine für das Holzgebiet Sauerland und das Bergische Gebiet, außerdem noch die Bewegungen für die Bauarbeiter auf den Werken im Stab- und Landkreise Sagen und Schöpsel. Ohne Kampf gingen aus 1921 die Lohnbewegungen nicht ab. Der Weiskauf Arbeitgebersverband und auch der Reichsverband für das baufache Tiefbaugewerbe mußten gezwungen werden, an den Verhandlungstisch zu treten. Auch an einzelnen Sperrern hat es nicht gefehlt. Die Durchführung der erkämpften und vereinbarten Löhne erforderte in die Hunderte gehende Versammlungen, Sitzungen, Verhandlungen, gerichtliche Termine usw. Eifrigere Werbearbeit wird uns auch im neuen Jahre Erfolge sichern.

Hann.-Münden. Am 25. Februar sind neue Löhne vereinbart worden. Erfüllen sie auch nicht alle Wünsche, so können unsere Kollegen doch damit als Teilerfolg zufrieden sein, zumal in diesen Vereinbarungen grundsätzlich anerkannt wird, daß Hann.-Münden zum Groß-Wirtschaftsgebiet Raff gehört und die Stundenlöhne somit der Lohnentwicklung in diesem Gebiete angepaßt werden müssen. Es heißt in der Vereinbarung: Die Festsetzung der Mündener Bauhöfne geschieht von jetzt an in Anlehnung an die Bezirkslohnabkommen des hiesigen Tarifes. Der Handwerkerlohn beträgt für Münden bis 30. Juni 1922 50 % weniger und vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1922 60 % weniger als in Raffel. Die Spannung zwischen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter wird von jetzt an dem Raffeler Lohnsatz mit derselben Spannung angepaßt. Unsere Kollegen haben nie gezeitelt, daß die Bauunternehmer in Hann.-Münden gute und treue Hannoveraner sind. Aber in den Lohnfragen stellen sie ihren Vorteil doch über die gemeinsame Stammeszugehörigkeit zur Probe Hannover. Unsere Kollegen haben diesen Erfolg erzielt nach einem mehrtägigen harten Ringen gegen den Widerstand der bereinigten Arbeitgeber. Die Stundenlöhne betragen nun seit dem 1. März 1922 für Facharbeiter, Stein- und Kalkträger 13,90 M, für Bauhilfsarbeiter 13,50 M. Ferner erhalten die Kubler, Steinbauer, Kalk- und Steinträger noch eine Lohnzulage in der Stunde von 1 M. Dieselben Vereinbarungen gelten auch für das Werksaufwerk. Die Stundenlöhne der Tiefbauarbeiter sind um 25 % niedriger als die Bauhilfsarbeiterlöhne; sie betragen 13,25 M.

Kreuznach. In der Jahresversammlung am 12. Februar nahmen 36 Vertreter teil. Die Zastellen Berglangensbach, Wegweiler, Breitenheim, Grafl, Ebernburg, Geimbach, Gebdesheim, Idar, Rangenonsheim, Nengerschied, Mandel, Weisenheim, Siefersheim, Sobersheim, Schwabenden, Gaugersweiler, Edelsheim und Niesweiler waren unterzogen. Die Bautätigkeit war mittelmäßig. Nur in der Stadt Kreuznach brachten hauptsächlich Wohnungsbauten eine lebhaftere Bautätigkeit. Am Anfang des Berichtsjahres

betragen die Stundenlöhne in der ersten Lohnklasse für Facharbeiter 5 M und für Hilfsarbeiter 4,70 M. Die zweite Lohngruppe besteht eigentlich nicht mehr; denn in dieser Lohngruppe werden höhere Löhne gezahlt als in der ersten. In der dritten Lohngruppe betrug der Stundenlohn 2,90 M. Am Schluß des Berichtsjahres waren die Stundenlöhne auf 9 M gestiegen. Die Spannung zwischen den Löhnen der Fach- und Hilfsarbeiter betrug zu Anfang des Jahres 80 % und am Ende des Jahres 1 M. Ein großer Teil der Facharbeiter arbeitet im Baugewerbe und Rheinland, weil die Löhne dort weit höher sind. Es besteht deshalb auch dauernd Nachfrage nach gelehrten Arbeitkräften. Das Angebot von Hilfsarbeitern ist sehr stark infolge des wirtschaftlichen Niederganges in der Industrie. Es fällt deshalb auch sehr schwer, den alten Abstand zwischen den Löhnen gelehrter und ungelerner Arbeiter aufrechtzuerhalten. Durch eine kurze Arbeitseinstellung mußte der Arbeitgeberverband zur Einhaltung des Vertrages gezwungen werden, den er unterzeichnete, aber schon nach 8 Tagen wieder rückgängig machen wollte. Die Unternehmer gehören zum Teil dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe (Bezirk Rufe) an, mit dem wir den Bezirksrat abgeschlossen haben. Der Verein umfaßt ein sehr ausgedehntes Gebiet. Am Schluß des Jahres hatte er 52 Zastellen. Als ein großer Mangel hat sich im Tarifvertrag die Bestimmung über ungeübte Bauhilfsarbeiter ergeben. Die Arbeitgeber wollen nun überhaupt keine ungeübten Bauhilfsarbeiter mehr anerkennen, was fortgesetzt Heberei herbeiführt. Dies muß in einem neuen Vertrage verbessert werden. Die Versammlung beschloß, daß die Sozialisierungsbewegung bis zum 1. Juni gezahlt sein müssen. Wer sie bis dahin nicht gezahlt hat, dem werden sie von der Unterstützung abgezogen.

Lobenstein. (Zentrale Unternehmerricht.) Dem Unternehmer Adolf Weder in Lobenstein bei Mühlentzen war der Betriebsobmann wegen seiner gewissenhaften Amtsführung längst ein Dorn im Auge, obwohl er schon seit 1920 bei dem Unternehmer arbeitete. Als unser Kollege im Sommer 1921 zum Vorsitzenden der Betriebsräte gewählt war, suchte der Unternehmer ihn auf jede Weise los zu werden. Gelegentlich des dreitägigen Streiks im August wegen verweigerter Ferien und Lohnherhöhung wollte er einen neuen Betriebsrat aufstellen lassen, indem er das Arbeitsverhältnis durch den Streik als gelöst erklärte. Die Betriebsräte wollten jedoch eingestuft werden, nur der Betriebsobmann nicht. Unsere Kollegen weigerten sich aber, ohne ihren Obmann wieder anzufangen. Der Herr Unternehmer mußte somit gute Miene zum bösen Spiel machen und ihn wieder mit einstellen. Im Januar wurde unser Kollege zu einem einmündigen Betriebsratsvorsitzenden ernannt. Diese Gelegenheit benutzte der Unternehmer, ihm am 21. Januar die Entlassungspapiere zuzustellen. Als der Kollege sich 2 Tage danach wieder zur Arbeit meldete, wies der Unternehmer ihn scharf ab mit dem Bemerkung, er glaube, der Kollege habe sich während seines achtjährigen Fernbleibens anderweitig Arbeit gesucht. Dabei war der Unternehmer über den Grund der Abwesenheit vollkommen unterrichtet. Unser Kollege hatte für die 8 Tage sogar einen Erbschaftman gestellt. Da mit Herrn Weder keine Einigung möglich war, mußte sich am 16. Februar der Schlichtungsausschuß in Gera mit dem Fall beschäftigen. Dieser besetzte Herrn Weder nun, daß er ungesetzlich gehandelt habe und den Betriebsobmann sofort wieder einstellen müsse. Herr Weder weigerte sich aber, den Kollegen wieder einzustellen, da er keine Arbeit für ihn habe. Daraufhin klagte unser Kollege beim Amtsgericht in Lobenstein die Erstattung des entgangenen Lohnes ein, worauf das Gericht Herrn Weder kostenpflichtig zururückverurteilte. Der Kläger eine Abfindung von 2700 M zu zahlen. Herr Weder wünscht sich Betriebsräte, die er mit 10 % Zuschlag auf den Stundenlohn zu Wagespolieren machen kann. Mögen unsere Kollegen immer vereint zusammenstehen und ihre Baudelegierten nicht im Stich lassen, so brauchen diese nicht, wie unser Kollege, 7 Wochen auf der Straße zu liegen. Nur Einigkeit macht stark!

Lübeck. (Zahresbericht.) Vor einem Jahre mußten wir berichten, daß 1920 viele Kollegen, auch Facharbeiter, arbeitslos waren. 1921 hatten wir dagegen Mangel an Facharbeitern, zeitweilig auch an Hilfsarbeitern. Gelernte Arbeiter werden noch für mehrere Jahre nicht in genügender Zahl da sein, obwohl die Unternehmer große Anstrengungen machen, diese ihnen unangenehme Tatsache aus der Welt zu schaffen durch Umfaltung von Bauhilfsarbeitern und durch andere Mittel. Die Richtlinien, die uns die hiesigen Unternehmer zu dem Zweck vorgelegt haben, lehnten wir ab. Die Bautätigkeit erstreckte sich auf Industrie-, Bau- und in der Hauptsache auf Wohnungsbauten. Der kleine Staat Lübeck steht mit der Wohnungsbeschaffung an erster Stelle in Deutschland. Im Vorjahre wurden 569 Wohnungen bereitgestellt; noch im Bau befindlich sind 127. Der Staat gab an Bauarbeiten 12 350 000 M und für das Jahr 1922 sind 12 Millionen Mark bewilligt. (Anmerkung der Schriftleitung: Dann steht Lübeck aber noch lange nicht an erster Stelle.) Aber diese Mittel werden nicht ausreichen, um den Wohnungsmangel zu beheben. Es werden heute die Stünden des alten Regimes aus der Vorkriegszeit gerächt, in der man kein Verständnis für die Aufgaben des Staates auf dem Gebiet der Wohnungsbeschaffung hatte. Auch im Landgebiet war rege Bautätigkeit. Die Bautätigkeit hat im Berichtsjahre sehr abgenommen; auch für die Zukunft ist auf größere Arbeiten nicht zu rechnen. Die Mitgliederzahl des Vereins ging von 2316 auf 2130 zurück. Im nördlichen Raum haben sich unsere Zastellen so gut entwickelt, daß alle Bauarbeiter reiflos dem Verband angehören. Unser Baudelegiertenwesen muß noch besser ausgebildet werden. Im Laufe des Jahres mußten wir 14 Klagen beim Gewergericht, Schlichtungsausschuß und Tarifamt vertreten. Davon entbieten 7 zu unsern Gunsten, eine teilweise zu unsern Gunsten und 6 ungünstig für uns. Infolge der einen Klage mußte die Firma Jürgen Brandt 85 000 M an Entschädigung zahlen. Auch sonst hatte die Vereinsleitung sehr oft bei Streitigkeiten eingzugreifen. Für die Hauptkassette wurden 394 611,20 M eingekommen. Ausgegeben wurden für Streikunterstützung 23 056,40 M, für Arbeitslosenunterstützung 108 889,15 M, für Krankenunterstützung 41 330,20 M, für Invalidenunterstützung 3720 M, für Sterbegeld 5392 M und an der Hauptkassette abgeführt wurden 214 273,45 M. Die Lokalkasse hatte, einschließlich des am Jahresbeginn vor-

verordnet in einer Eingabe Kargelegt, daß es notwendig ist, die Befugnisse des von der Amtshauptmannschaft ange-

Stuttgart. Am 19. Februar nahm eine von 119 Vertretern besetzte Generalversammlung den Jahresbericht entgegen. In der ersten Hälfte des Jahres hatten wir eine ziemlich starke Arbeitslosigkeit, in der zweiten Jahreshälfte war die Bautätigkeit gut. Die Hauptfrage war die Erleichterung einigermaßen auskömmlicher Löhne. Das heinische vollständige Ausmaß der Gebäudertätigkeit, vom Sommer 1920 bis Mai 1921, hatte die Zahl der Wohnungsgeldern in fast allen Städten und Gemeinden bedeutend erhöht. Um so nötiger war, daß die Reichs- und Landesregierungen wie auch Gemeinden Zuschüsse leisteten, um die Überforderung abzumildern. Dadurch entstand eine lebhaftere Bautätigkeit, die mandieren Kollegen nach langer Arbeitslosigkeit wieder aufnahm ließe. Der Bedarf an Arbeitskräften konnte nicht immer gedeckt werden, namentlich mangelte es zeitweise an gelehrten Arbeitern. Dieses nahmen manche unserer Kollegen zum Anlaß, den Unternehmern nachzugeben und Überstunden zu leisten. Bis zu 12 Stunden habe man täglich gearbeitet, besonders wenn im Afford gearbeitet wurde, wie etwa vor 25 und 30 Jahren. Den Unternehmern war in der Hauptklasse darum zu tun, den Achtstundentag zu durchbrechen. Leider haben sich doch immer wieder Kollegen bereitgefunden. Solche Auswüchse müssen von uns allen bekämpft werden. Der ideale Gedanke, daß wir nicht nur uns selbst, sondern der Allgemeinheit dienen müssen, darf auch jetzt nicht begeben werden, wo wir alle scheinbar unser Dasein kämpfen müssen. Bei den ungelerten Kollegen war die Arbeitslosigkeit nicht so gut. Sehr viele dieser Arbeiter entstammen andern Berufen. Leider gehören sie zum Teil andern Verbänden an und sind meistens schwer zu bewegen, zu uns überzutreten, selbst wenn sie Monate, ja sogar Jahre in Baugewerbe tätig sind. Wiederholt versuchten wir, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen, auf die Eisenbahngeneraldirektion einzurwirken, daß sie für die Fortführung des Wohnbaues in Steinenbrunn-Madenbuch und Gärting-Gülingen sowie Gorb-Fischingen weitere Mittel bewilligen möge. Die Versuche blieben erfolglos. Doch ist es uns in der vom Reichsverkehrsministerium ins Leben gerufenen Landeskommission gelungen, die Eisenbahngeneraldirektion zu veranlassen, nennenswerte Neuberechnungen vorzunehmen, insgesamt für 26,7 Millionen Mark für Baumentwöhnungen, Bahnstreckenverlängerungen, Kanals- und Brückenbau sowie sonstige Tiefbauarbeiten usw. Die Arbeitslosigkeit verurteilte in den ersten Monaten des Jahres einen Mitgliederrückgang. Die am Anfang des Jahres vorhandene Mitgliederzahl von 6911 ging bis auf 6002 zurück und wuchs mit der Zunahme der Geschäftstätigkeit bis zum Jahresabschluß auf 7194. Das zwischen Freundenstadt und Sulz gelegene Seimbachkraftwerk, dessen Bearbeitung dem Verein Stuttgart übertragen wurde, hat an dieser Zunahme bedeutenden Anteil. Die etwa 500 bis 600 dort beschäftigten Kollegen sind fast alle Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Ingesamt waren 6 Lohnbewegungen durchzuführen. Von diesen führte die Oktoberbewegung zu einem Kampfe, der vom 5. bis 20. Oktober währte und dem Unternehmertum eine empfindliche Niederlage brachte. Mit der Unterstützung glaubte sie die Arbeiter auf die Knie zwingen zu können. Zu dem im Streit stehenden 1500 Kollegen kamen 1700 Ausgesperrte hinzu, so daß 3200 Kollegen im Kampfe standen. Aber in seinem Lohngebiet zeigte sich Wandelbarkeit. Der Kampf erforderte in Stuttgart den Betrag von 416 642,75 M. In weiteren 5 Fällen kam es zu kleineren Arbeitsniederlegungen. Alle Bewegungen, mit Ausnahme einer Geschäftspolizei bei der Firma Dreuninger, Wadnang, brachten vollen Erfolg. Die Stundenlöhne stiegen in Stuttgart von 5,40 M auf 12,20 M, also um 128%. Die Lohnbewegungen für die Sonderberufe schlossen sich dem Abschluß für das allgemeine Baugewerbe in der Regel an. Die Bewegungen waren kaum abgeschlossen, so standen schon wieder neue bevor. Die Abschlüsse haben unsere Kollegen nicht immer befriedigt. So wüßten wir auch, daß die Verhandlungskommission herauszuholen bemüht war, was nur möglich war. Die Werbearbeit kam wegen der Arbeit für die Lohnbewegung und die Durchführung der Löhne manchmal zu kurz. Dennoch haben Hunderte von Versammlungen, Sitzungen, Besprechungen der verschiedensten Art auch dieser Arbeit gedient. Die Lehrlings- und Zungenbewegung verdient größte Beachtung. Ein Zungenleiter wird diese Arbeit besonders fördern. Die Unternehmer und auch die Handwerkskammer wehren sich mit allen Kräften dagegen, daß wir in der Lehrlingsfrage mitreden und mitbestimmen wollen. Wir werden uns unsern Einfluß auf Behandlung, Ausbildung und Entlohnung der Lehrlinge schon sichern. Der Bauarbeiterverband muß bedeutend besser gepflegt werden. Eine im März veranfaßte Wankontrollkommission förderte die trottesten Zustände gütige. Auch in das Baudelegiertenwesen werden sich unsere Kollegen mehr und mehr einarbeiten. Der Jahresbericht ergab für die Hauptklasse einschließlich eines Aufschusses von 320 000 M eine Einnahme von 1 216 698 M. Aufgeschuß sind für 455 167 M. Die Vereinstafel hatte bei einer Einnahme von 461 792,72 M und bei einer Ausgabe von 327 035,40 M am Jahresabschluß einen Bestand von 134 757,32 M. Die Generalversammlung nahm einen neuen Bericht. Die Tätigkeit der Vereinsverwaltung fand allgemeine Anerkennung. In seinem ansehnlichen Schlußwort erinnerte der Vorsitzende die Versammlung daran, daß wir in der Einheit und Geschlossenheit unsere ganze Macht konzentrieren. Diese wollen wir so ausbauen, daß sie wie ein Fels im brandenden Meere allen Stürmen trogen kann.

Frier. (Jahresbericht.) Für die Vereinsleistung war das Jahr reich an fruchtbringender Arbeit; das bedingten schon die zahlreichen Lohnbewegungen, die erforderlich waren, die Löhne einigermaßen mit den steigenden Kosten der Lebenshaltung in Einklang zu bringen. Die Arbeit war nicht ohne Erfolg. Ganz ohne Kampf waren die Lohnbewegungen jedoch nicht zu erreichen. Da die Unternehmern von Frier die Schiedsprüche des Bezirkslohnamtes in Köln vom 31. Januar und vom 10. August vorigen Jahres ablehnten, mußten sie in beiden Fällen durch Arbeitseinstellungen gezwungen werden, sie anzunehmen. Die Unternehmer haben sich dann dem Rheinischen Bezirksverband für das Baugewerbe angeschlossen und damit das Bezirkslohnamt in Köln als für zuständig anerkannt. In der Zwischenzeit haben wir durch unsere Kollegen ebenfalls 12 Tage streikten, um ihre Unternehmern gezwungen zu werden. Tarifverträge sind im Hochbaugewerbe für Frier Stadt und Land, für die Kreise Wittlich, Berncastell und Zell sowie für das Tiefbaugewerbe für den ganzen Regierungsbezirk Frier abgeschlossen worden; leichter mit 3 Lohngruppen. Mit Hilfe des staatlichen Schlichtungsausschusses kam es zu Lohnabkommen für den Kreis Wittlich, für Gerolstein, Weller und Nennig. Zu Anfang des Jahres betragen die Stundenlöhne im Lohngebiet Frier und in der Lohngruppe I des Tiefbaugewerbes für Maurer 7,20 M, Stuckateure und Putzer 8 M, Hilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter 6,90 M. Zu Ende des Jahres, seit dem 17. November oder 24. November, erhalten Maurer 13,80 M, Stuckateure 14,80 M, Hilfsarbeiter 13,20 M und Tiefbauarbeiter 12,90 M. In Gerolstein stieg der Lohn für Maurer von 5,95 auf 12,35 M, für Hilfsarbeiter von 5,75 auf 11,65 M und Arbeiter von 5,75 auf 10,75 M. Dieser Lohn soll laut Schiedspruch auch im Kreis Wittlich geglättet werden. Unsere Kollegen erhalten aber erst 10 und 9,50 M. Auch im Kreis Wittlich zahlte die Unternehmer nur 10 und 9,50 M, obwohl sie laut Schiedspruch 11,40 M und 10,80 M zahlen sollten. Für beide Schiedsprüche ist Verbindlichkeitsklärung beantragt. Mit den Unternehmern im Kreis Berncastell ist ebenfalls vereinbart worden, daß die Stundenlöhne vom 1. Januar dieses Jahres an 10,50 und 10 M betragen sollen. Es sollen die Löhne von Monat zu Monat so weit erhöht werden, daß sie am 1. April 13 vom Hundert hinter den Frierer Löhnen zurückbleiben. Im Kreis Zell konnten die Löhne wegen äußerst schwacher Bautätigkeit noch nicht über 8 und 7 M erhöht werden. In den beiden Moselkreisen Berncastell und Zell zahlte man den Weinbergarbeitern noch Stundenlöhne von 4,20 M, trotz der riesigen Gewinne, die die Weinwirtschaft, alles frammere Zentrumsleute, hier einfadnen. Diese „Weinbürger“ des Christentums zahlen ihren Arbeitern nicht einmal so viel, daß sie notwendig leben können. Diese Verhältnisse erschweren auch unsern Kollegen die Verberseigerung ihrer Löhne. In Weller und Nennig erhalten Maurer 13 M, Hilfsarbeiter 12,35 M. Unser Verein hatte am Jahresabschluß 1313 Mitglieder. Das sind 164 Mitglieder weniger als vor einem Jahre. Wegen der schlechten Bautätigkeit in einigen ländlichen Kreisen haben diese Kollegen größtenteils Arbeit in angrenzenden Vereinen gefunden; sie sind dem Verbande also nicht verloren gegangen. Ein anderer Teil, nämlich die im Ghranger Plattenwerk und im Wellener Kaltwerk beschäftigten Kollegen, sind ihrer Berufsorganisation überwiesen worden. Viele herbststrenge Arbeiter sind aus dem Baugewerbe ausgeschieden und wieder zu ihren Berufen, namentlich der Landwirtschaft, zurückgekehrt, ohne sich abzumenden. Auf die zu gewissen Zeiten aus der Landwirtschaft zum Bau kommenden Arbeiter müssen unsere Baudelegierten mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit richten. Es kommen Bauernlöhne, die diese Arbeit nicht nötig haben und machen unsern Kollegen die Arbeit bezweifelhaft. Gewisse Unternehmer und auch Patrone bevorzugen diese Leute sogar, und zwar aus nachstehenden Gründen. Dieser Stand muß bestritten werden. Der Bauarbeiterstand liegt in manchen Orten noch recht im argen. Zwar ist ein Baudentrollkontrollauschuss an Bauarbeiterfreien ange stellt, aber befreit hat sich noch nichts, weil die Stadtverwaltung (Abteilung Baupolizei), deren Kontrollen vor allem andern Arbeiten und viel zu wenig zur Baudentrollen verwendet. Auch hier erwächst unsern Baudelegierten die schwere, aber dankbare Aufgabe, mehr als bisher nach dem Recht zu sehen. Der Bauarbeiterstand ist gewöhnlich das Spiegelbild der Organisation. Wo gute Organisationen sind, sorgt man auch für einen guten Bauarbeiterstand. Für die Hauptklasse betragen Einnahmen und Ausgaben 219 397,20 M. Auf ihre Rechnung sind ausgegeben für Krankenunterstützung 14 210 M, für Arbeitslosenunterstützung 9940 M, in Sterbefällen 440 M, für Streifenunterstützung 23 959,50 M, für Rechtschutz 255,12 M, 171 092,58 M sind der Hauptklasse zugewandt worden. Die Vereinstafel erzielte einschließlich des vorjährigen Restbestandes von 24 958,75 M an Einnahmen 135 003,03 M. Bei 102 620,72 M Ausgaben verblieben ihr am Jahresabschluß 32 382,32 M. Die Bautätigkeit wird in diesem Jahre voraussichtlich recht gut werden. Mit erhöhtem Eifer müssen deshalb alle Mitglieder für unsern Verband werden, für Einheit und Geschlossenheit. Was die Organisation schädigen könnte, muß ferngehalten werden. Nur eine Einheitsfront der Bauarbeiter sichert weitere Erfolge.

Zwickau. (Jahresbericht.) In der Generalversammlung vom 5. Februar konnte der Vereinsvorsitzende bei seinem Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr lobend hervorheben, daß die Vereinleistung sich allgemein der Unterstützung aller Mitglieder zu erfreuen hatte. Die steigende Feuerung erforderte Lohnbewegungen. Der Maurerlöhnenlohn stieg im Laufe des Jahres von 6,55 M auf 12,35 M. Hilfs- und Tiefbauarbeiter erhalten 45 M weniger. Die Durchführung der Arbeit, namentlich mit Bezug auf den Anschluß an die Zugerbindungen für auswärts arbeitende Kollegen, führte zu manchen Mißverständnissen. Es ging soweit, daß an 4 Tagen 9 und 10 Stunden gearbeitet wurde, um die an den Montagen und Sonntagen verkaumte Zeit hereinzuholen. Das wurde denn auch unterjagt, damit der Achtstundentag erhalten bleibt. Unter den Tiefbauarbeitern war die Werbearbeit oft recht schwierig. Es setzten sich aus den verschiedensten Berufen

zusammen und nur schwer waren unter ihnen geeignete Baudelegierte zu gewinnen. Manches könnte schon besser sein, wenn die Schachtmeister die Werbearbeit besser mit unterstützen. Der Bautätigkeit entsprechend müßte die Mitgliederzahl unseres Vereins eigentlich größer sein. Wir haben jedoch von unserm jahungsmäßigen Rest, alle im Baugewerbe tätigen Bauarbeiter in unsern Verein aufzunehmen, bisher nicht streng Gebrauch gemacht, sondern uns damit begnügt, wenn sie überhaupt gewerkschaftlich organisiert waren. Eine verstärkte Werbearbeit ist unter den Erarbeitern und unter den Schachtmeistern besonders notwendig. Der Jahresbericht ergab für die Hauptklasse als Einnahme 247 960,30 M. Auf ihre Rechnung sind ausgegeben für Arbeitslosenunterstützung 34 560,05 M, für Krankenunterstützung 17 654,80 M, in Sterbefällen 1338 M, an invalide Mitglieder 2040 M, für Streiks 7984 M. Die Vereinstafel erzielte eine Gesamteinnahme von 127 443,01 M; ausgegeben hat sie 48 940,65 M; es verblieben ihr somit 78 502,36 M. Die Restoren bestatigten eine gute und gewissenhafte Kassenführung. Nach einer lebhaften Aussprache erklärte die Versammlung sich einmütig gegen die Umschulung von Hilfsarbeitern zu Maurern. Dem Arbeitsamt soll eine entsprechende Eingabe gehen. Die bisherige Verwaltung wurde lobeprengmäßig.

Die Verbandsangeestellten.

Mit großer Verwunderung habe ich die Anträge gelesen, die die Verbandsangeestellten betreffen. Die Gehaltsfrage ist bei den Anträgen Mainz, Mühlhausen, Riesa, Düsseldorf, Barmen-Glerfeld und Dresden besonders genannt. Tariflicher Lohn als Grund. Etwas haben die Antragsteller aber hoch bezogen. Es wäre wohl kaum ein Wort darüber zu verlieren, die Verbandsangeestellten nach dem Tarifvertrag zu entlohnen, wenn die Antragsteller folgerichtig für sie auch die tarifliche Arbeitszeit gefordert hätten. Würden sie es nicht entrußt von sich weisen, bei tariflichem Lohn eine unbegrenzte Arbeitszeit auf sich zu nehmen? Wo bitte Antragsteller, halt es noch schmeunigt nach und beantragt nur 8 Stunden, „die Verbandsangeestellten arbeiten in 8 Stunden“. Die Arbeitszeit richtet sich nach der tariflich festgelegten Arbeitszeit des Baugewerbes; denn das ist die logische Folgerung aus den Anträgen. Die Stuckateure in Dresden sind doch liebe Kollegen, um einen kleinen Verhältnissatz soll das Gehalt der Angestellten höher sein. Ist es nicht zum Seulen, so etwas zu lesen! Die Antragsteller von Halberstadt, Mühlhausen i. F., Sagan und Widaun sind sicherlich für „Gleichheit, Freiheit und Würde“ zu schreiben gewillt, auch manchmal in ihren Versammlungen, daß das demokratische Mitbestimmungsrecht „wieder einmal“ durchbrochen ist, daß „wieder einmal“ vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Was die Antragsteller aber wollen, ist jedenfalls ein Lohn auf die Demokratie; denn sie wollen Mitglieder zweiter Klasse schaffen. Auch hier fehlt es an Folgerichtigkeit; denn die Antragsteller hätten beim Verbandsstake beantragen müssen: „Wird ein Mitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes als Angestellter gewählt, so verliert er während der Dauer seiner Anstellung alle Rechte.“ Er hat nur Pflichten zu erfüllen. Diese bestehen darin, daß er seine ganze Arbeitskraft und sein Können ununterbrochen in den Dienst der Organisation zu stellen hat, Anspruch auf Bezahlung hat er nicht, auch keinen Anspruch auf geregelte Arbeitszeit, am allerwenigsten hat er Stimmrecht, weder in der Versammlung, Delegiertenversammlung usw. Wäre das nicht ein Vorschlag, werte Kollegen Antragsteller? Richtig ist es zu lesen, „nur auf Einladung durch den Verbandsvorstand als Gäste zugelassen“. Aber welche Folgen können entstehen, wenn beartichtiges zu Beschließen würde? Der Verbandsvorstand könnte von seinem Recht Gebrauch machen und alle Verbandsangeestellten wären auf dem Verbandsstake. Was dann? Würde dann nicht wieder gefahren werden, der Verbandsvorstand will bestmöglichen die Anträge von Mühlhausen i. F., Riesa, Werra und Buhß, die Annahme eines Reichstags- oder Landtagsmandats betreffend, sind nicht besser zu bewerten. Wenn die Kollegen in ihren Mitgliederversammlungen sich wollen, mit der Ausbau der Organisation beschäftigen, sich wollen, mit der Bildung und Schulung der Kollegen im Tarifwesen und Betriebsratgesetz, traffe Disziplinierung des Baudelegiertenwesens, dann ließe ihnen kaum Zeit, darüber nachzudenken, wie schaffen wir Mitglieder zweiter Klasse. Mit solch heimlichem Geist, wie er aus den Anträgen spricht, wird man den Kapitalismus nicht stürzen und den Sozialismus nicht erringen.

Rug. Drefsen, Sagen i. B.

Die in Chemnitz Ausgeschlossenen und unser Verband.

Als im März vorigen Jahres der Bezirksverein Chemnitz aufgelöst werden mußte, haben einige wenige Leute auf Vorschlag der kommunistischen Gewerkschaftszentrale eine neue Bauarbeiterorganisation gegründet, und dadurch die Organisation der Chemnitzer Bauarbeiter gespalten. Nicht etwa, weil sie glauben, daß dies notwendig sei, sondern weil sie eine auf kommunistischen Grundätzen beruhende Gewerkschaft erstellen lassen wollten, die den übrigen Gewerkschaften und insbesondere dem Deutschen Bauarbeiterverband zeigen sollte, wie Lohnbewegungen und andere Kämpfe erfolgreich durchgeführt werden müssen. Ihre Pläne sind Illusionen geblieben, sie konnten sie nicht verwirklichen, weil sie die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Arbeiten nicht zu erkennen vermögen. Ihre Agitation war darauf gerichtet, das Vertreten der Bauarbeiterstand zu untergraben. Zu diesem Zweck beringsampten ihre Hintermänner unsern Verband und dessen Führer in einer ganz niedrigen Art und Weise. Darin zeigte sich aber auch ihre Schwäche. Denn jederzeit zeigte ihre Organisation von den Erfolgen, die unsere Vertreter im gäßen Kampfe mit den Unternehmern für die Kollegen herauszuholen vermöchten. Dabei schloßen sie ihre Mitglieder bei jeder Gelegenheit durch Erhebung von Ertragsbeiträgen. So hat dieser kommunistische Bauarbeiterverein nach einjährigem Bestehen nicht erreicht, als eine gänzlich enttäußliche Mitgliedschaft.

Bei der Gründung ihrer Organisation haben die Spalter ihren Angehörigen aufzuredet, schon im Mai 1920 wurde ein Verbandstag als rechtmäßige Organisation anerkennen. Der bevorstehende Verbandstag wird sich auf alle Fälle mit der Mitgliedschaft der Chemnitz Volkswirtschaftsorganisation befassen. Da sie weiß, daß ein ziemlicher Teil ihrer Mitglieder bei einigem Entgegenkommen durch den Verbandstag zu unserm Verbande zurückkehren wird, hat die kommunistische Gewerkschaftszentrale ihren Getreuen im Deutschen Bauarbeiterverbande durch ein Rundschreiben befohlen, dem Verbande einen Antrag zu unterbreiten, wonach der ausgetretene Verein Chemnitz wieder in den Verband aufgenommen werden soll. Es ist müßig, darüber zu reden, ob in Chemnitz ein ausgeglichener Verein überhaupt besteht. Nach der Auflösung des Vereins hatte jedes Mitglied das Recht, ja sogar die Pflicht, sich dem neuerrichteten Bezirksverein des Deutschen Bauarbeiterverbandes anzuschließen. Aber jene Leute, die jetzt den Mund nicht voll genug nehmen können, wenn sie von der Einheit reden, haben das durch ihre wahrheitswidrige Agitation und durch widerrechtliche Aneignung wichtiger organisatorischer Unterlagen zu verhindern verstanden. Ein ausgeglichener Verein besteht in Chemnitz aus nicht. Der Verbandstag kann deshalb dem Antrage der Volkswirtschaften auch keine Folge geben. Gätten die Volkswirtschaften im Deutschen Bauarbeiterverband den von ihnen gewünschten Einfluß erlangt, so würden sie nicht beantragen, ihren Verein in den Verband aufzunehmen; vielmehr würden sie zum Generalkonkurs blasen, zur vollständigen Eroberung des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Ferner würden sie in unserm Verbande die Sinausverferei ebenso betreiben, wie bisher in ihrer Partei. Die kommunistische Zentrale weiß auch sehr gut, daß es in Chemnitz keinen ausgeglichenen Verein gibt. Ihr liegt nur daran, neuen Agitationsstoff gegen unsern Verband zu gewinnen. Nach Ablehnung dieses Antrages werden die bolschewistischen Drahtzieher wieder in der gemeinsten Demagogie gegen unsern Verband arbeiten. Ihr Emiffar Nachmann und andere haben die nötigen Vorarbeiten dazu sicher schon getroffen. Ihr Antrag, Aufnahme des ausgeglichenen Vereins Chemnitz, ist somit nur eine widerliche Heuchelei.

Der Bezirksverein Chemnitz hat sich natürlich mehrfach mit der Möglichkeit befaßt, wieder eine Einigung der Chemnitzer Bauarbeiterchaft herbeizuführen. Nach reiflicher Erwägung sieht er den Weg zu diesem Ziele darin, daß der Verbandstag seinem Antrage entsprechend beschließt: „Die Mitglieder des kommunistischen Bauarbeitervereins Chemnitz können unter Anrechnung ihrer Mitgliedschaft und Rechte in unsern Verband wieder aufgenommen werden, wenn sie die Satzungen des Verbandes für sich als rechtsverbindlich anerkennen.“ M. Sch.

Der Steintträger.

Es ist heute wirklich alltäglich geworden, daß ein Steintträger herumlungert, weil er in Afford arbeitet. Diese Worte haben ihren unmittelbaren grauenhaften Klang für andere Menschen beizuhören. Die vielen Katastrophen sind von einer Zeit in den Kreis menschlichen Denkens gezogen worden, die einerseits bergabwärts verlaufen, diesen Weg in der menschlichen Liebe zu befeigen und die andererseits sich bemühte, dies alles zu leugnen und zu beplustern bis zur Unkenntlichkeit.

Aber der Steintträger hat doch nur in Afford gearbeitet, weil er 3 Kinder hatte. Weil nur ihm eine bestimmte Summe steht, die für die Seinen das Glück bringt. Er ist davon durchdrungen, daß er diese Summe nur bekommt, wenn die Maurer auf der Höhe des Hauses keine Zeit wegen fehlender Steine verschäumen. Stopp sie nur für Minuten, dann fressen diese sein Geld. Also Steine, schwerere Lasten, als sonst im Ziegelhof getragen werden. Zu Mittag geschieht das Unglück. Ein Stein auf seinem Tragbrett kommt ins Rutschen, fällt vor ihm nieder auf seinen Fuß, er fühlt den Schmerz, mannt, kommt über den gefallenen Stein zu einem Schritt und bricht unter seiner Last zusammen: „Ja fall das Geld nich hem“, haucht der Erschöpfte, als er fortgezogen wird. Und 3 Kinder werden schon so jung hineingestoßen in ein graufames Erleben.

Friedrich Engels brauchte nur ganz nackte, knappe Sätze, um das soziale Elend in das Bewußtsein der Welt zu gerren, als er sein Buch über die Lage der arbeitenden Massen Englands schrieb. Dies geschah im 1845. Nun leben wir in der großzügigen Zeit, die ganze Städte aus dem Boden stampft. Und was ist?

Heinrich Rohlfat, Hamburg.

Kündigung von Obligationen.

Alle Kollegen, die Inhaber von Obligationen zum Genossenschaftsfonds des ehemaligen Zentralverbandes der Maler und Tischler der Schweiz sind, weisen wir hiernit auf nachfolgende Veröffentlichung des Bauarbeiterverbandes der Schweiz vom 19. Januar 1922 hin:

Der Schweizerische Bauarbeiterverband als Rechtsnachfolger des Zentralverbandes der Maler und Tischler der Schweiz kündigt durch gegenwärtige Publikation die vierprozentigen, zum Genossenschaftsfonds ausgegebenen Obligationen über 10 Franc, 50 Franc und 100 Franc, welche gemäß den Beschlüssen der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Maler und Tischler der Schweiz vom 12. März 1911 zur Emission gelangten, auf den 1. Juli 1922 zur Rückzahlung. Die Inhaber solcher Obligationen oder deren Rechtsnachfolger haben die Titel auf dem Zentralreferatariat des Schweizerischen Bauarbeiterverbandes in Zürich, Anwandstraße 8, bis spätestens den 1. Oktober 1922 vorzulegen und gegen Empfangnahme des Nominalbetrages abzugeben. Bei späterer Vorweisung kann für eine sofortige Regulierung der gekündigten Obligationen keine Garantie übernommen werden.

Für den Zentralverband der Schweizerischen Bauarbeiterverbandes:
Herm. Klatt, Präsident. Robert Kolb, Aktuar.

Verufliche Fortbildung für Bauarbeiter.

Strebsamen Hamburger Bauarbeitern ist Gelegenheit gegeben, sich in ihren freien Stunden beruflich weiterzubilden durch die an der Siemens Gewerbe-Akademie Hamburg, Steinbamm 81, bestehende technischen Abendkurse, die es ermöglichen, ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit, sich in Theorie, Veranschlagen und Entwürfen auszubilden. Aus dem Lehrplan geht hervor, daß in der Abteilung Hochbau unterrichtet wird über Mauerkonstruktionen, Holzkonstruktionen, Geböllebau, Entwerfen von Etagenhäusern, Geschäfts-, Beamten- und Einfamilienhäusern, öffentlichen Gebäuden, über Veranschlagen, Ausführung, Eisenbetonbau, Feldmessen und Nivellieren, Mathematik, Festigkeitslehre usw. Der Unterricht ist viermal wöchentlich, und zwar abends, entweder in der Gruppe von 6 bis 8 Uhr oder in der Gruppe von 8 bis 10 und Sonnabendabend von 6 bis 10 Uhr. Die Gruppe ist wählbar, solange Platz in ihr ist. Der Unterricht besteht aus Vorträgen und Konstruktionsübungen, in denen Entwürfe in der von der Praxis geforderten Art angefertigt werden. Er ist so anfasslich gehalten, daß jeder mit Volkshochschulbildung folgen und das angefertigte Ziel erreichen kann. Nach dem Studium kann man sich einer Prüfung unterziehen. Ueber die bestandene Prüfung werden Zeugnisse ausgestellt, die über das Maß der erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten Aufschluß geben. Der Unterricht wird von Architekten, Ingenieuren, Landmessen erteilt, die Hochschulbildung, langjährige Praxis und Berufserfahrung haben. Das neue Unterrichtsjahr beginnt Mitte April. Programme und Ansatzen kostenlos, täglich abends von 7 bis 8 Uhr in der Lehranstalt, Steinbamm 81. In Anbetracht der hohen Bedeutung, die eine gute theoretische und zeichnerische Ausbildung im Verein mit praktischer Erfahrung für das Berufsleben hat, sei hiernit auf die Lehranstalt hingewiesen.

Fabrikmaurer als Lohnbrüder.

Die sächsische Gußstahlfabrik, Abteilung Döhlen, beschäftigt seit Jahrzehnten eine größere Anzahl Maurer und Zimmerer. Entlohnung wurden sie nach dem Metallarbeiter-Tarif. Weil dieser aber unter dem Bauarbeiter-Tarif stand, erhoben die Bauarbeiter nach der Revolution die Forderung der Entlohnung entsprechend unserm Tarif. Dies wurde durch Arbeitsniederlegung erzwingen. Als darauf einige Zeit später die Firma ihren Arbeitern eine Wirtschaftsbefähigung ausgeben wollte, sollten ihre Bauarbeiter hierauf keinen Anspruch haben, wenn sie weiter auf dem Bauarbeiter-Tarif bestehen. Unsere Kollegen waren nun wirklich kurzfristig genug, auf diesen zu verzichten. Die 800 M waren schnell alle. Und nun kam die Erkenntnis, daß sie eine große Dummheit gemacht hatten. 1921 wurde zum zweiten Male der Bauarbeiter-Tarif errungen. Allerdings zahlte die Firma 20 % weniger als die Meister. Anlässlich des Streiks der Metallarbeiter sollten auf Beschluß der Unternehmerverbände auch die Bauarbeiter ausgepart werden. Wichtige und dringende Bauarbeiten bestimmten aber die Fabrikleitung, die Arbeiten einem Bauunternehmer zu übergeben. Diesem wurden auch unsere Kollegen überlassen. Dadurch befamen sie jetzt den vollen Tariflohn. Doch einige sehnten sich wieder nach den Fleißkollegen der Gußstahlfabrik. Drei Verjammungen nahmen hierzu Stellung, und man beschloß mit großer Mehrheit, es bei dem jetzigen Zustand zu belassen. Leider fanden sich aber später einige Nach-Kollegen, die unter der Vorpiegelung, Delegationsvertreter zu sein, der Direktion die Bitte unterbreiteten, wieder als Gußstahlfabrikmaurer aufgenommen zu werden. Die Firma erklärte sich hierzu bereit, wenn der Tarif der Metallarbeiter wieder maßgebend sein soll. Einige Kollegen hatten Mitleid genug, dies abzulehnen. Andere haben sich leider zu Lohnbrüderern hergegeben. Richard Korlitz.

Soziallohn im Baugewerbe.

In stärkerem Maße als bisher arbeitet das Unternehmertum an der Einführung des sogenannten Soziallohnes im Baugewerbe, darum ist es Zeit, vor dem Verbandstag hierzu Stellung zu nehmen. Seit längerer Zeit gehen unter den Kollegen die Fragebogen zur Familienstandsaufnahme um, um festzustellen, wie stark die einzelnen Familien sind. Diese Fragebogen geben den Unternehmern das Material an die Hand, um die Durchschnittszahlen, die sie für eine derartige Entlohnung brauchen, festzustellen. Diese Durchschnittszahlen bilden zugleich die Unterlagen für die Kalkulationen bei Einführung der Sozialentlohnung. Unschöne denken die Unternehmer daran, eine Kasse zu schaffen, die durch Umlageverfahren auf Kosten der Ledigen und zugunsten der Unternehmer einen Ausgleich herstellen soll. Daß das Unternehmertum sich mit der Absicht trägt, die Ledigen zu schädigen, liegt darin begründet, daß er die gesamte Arbeitsleistung durch die Kopfzahl der in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter einschließend ihrer Angehörigen teilt, und so den Lohn pro Kopf in Anrechnung bringt. Daß für die Frau und die Kinder weniger in Anrechnung kommt, ist selbstverständlich. Weitere Bedenken sind, daß die Zahl der Zwischenmeister, von denen viele in Deutschland schon vor dem Kriege zu viele hatten, und die nach dem Kriege wie Pilze aus der Erde schossen, noch um ein erhebliches vermehren würden. Diese Herren sind es gerade, die die soziale Entlohnung im Baugewerbe ausnützen und nur Ledige einstellen würden, um ihr Faulenzgerieben besser zur Durchführung bringen zu können. Daß in vielen Fällen der Unternehmer die Ledigen bei der Abrechnung mit dem Bauherrn an den Verrechneten gälten würde, bedarf keiner Frage. Ein größerer Gewinn könnte dem Unternehmer im Kaufsfall nicht in die Tasche fließen. Kein Unternehmer hat Interesse daran, durch die soziale Entlohnung unsern verrechneten Kollegen einen Vorteil zu verschaffen. Der falsche Vorteil der Verrechneten ginge auf Kosten der Ledigen. In Wirklichkeit hätten die Unternehmer ihren Selbsthaß gefüllt. Wenn wir auch zugeben, daß der ledige Bauarbeiter formell besser dastehet als der verrechnete, so ist dadurch aber noch lange nicht der Beweis erbracht, daß die soziale Entlohnung eingeführt werden muß. Der Ledige ist heute gar nicht in der Lage, zu feitelten. Eine Dreimonatsentlohnung kostet heute 40 000 M. Nun stelle ich die Frage, ob ein Kollege in der Lage ist, diese Summe aufzutreiben? Zweitens ist in absehbarer Zeit nicht an eine Wohnung zu denken, oder die

Geiratslustigen müssen ändern zur Last fallen, wie das heute in den meisten Fällen geschieht. Die Nachfrage, die den Verrechneten den Ledigen gegenüber erwachen, sind verschiedene Art. Sehen wir uns das große Referatieren von Arbeitelosen an, dann müssen wir feststellen, daß sich heute noch die Ledigen und Verrechneten verhältnismäßig die Waage halten. Nach Einführung des sozialen Lohnes würden die Verrechneten den größten Anteil ausmachen. In Zeiten sehr guter Tätigkeit im Baugewerbe tritt es bei den verrechneten Handwerkern nicht so in Erscheinung, daß das Unternehmertum immer darauf bedacht ist, für sich einen Vorteil herauszufinden, indem es die Geschäftslage ausnützt. Desio mehr aber bei den Hilfsarbeitern. Der Unternehmer wird dem Arbeiter niemals sagen, daß er ihn nicht einstellt, weil er Frau und Kinder hat, dazu hat er andere Mittel und Wege. Wir müssen nach wie vor auf den Standpunkt stehen bleiben: „Gleicher Lohn, gleiche Arbeit!“

Die Einführung der sozialen Entlohnung richtig betrachtet, bedeutet die Aufhebung des Wertgesetzes der Lohnarbeit. Das Endergebnis wäre die Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaftsform. Wenn das Unternehmertum da mit einverstanden ist, dann sind auch wir sofort für die soziale Entlohnung. In sozialer Beziehung würden wir noch viel weiter gehen. Das eine steht heute fest, daß der Unternehmer jede Arbeitskraft weit unter ihrem wahren Preis kauft. Nach der Einführung der sozialen Entlohnung würde der Unternehmer einen großen Teil der Arbeitskraft noch billiger kaufen, das sind die Ledigen. Jeder Unternehmer sucht auf dem Wirtschaftsmarkt alle Waren so billig wie möglich zu kaufen, so auch die Arbeitskraft. Das Roblied, das die Unternehmer auf die soziale Entlohnung singen, hört sich von weitem schon an. Die Herren müßten mal selbst in die Betriebe kommen, dann würden sie die Wahrheit hören. In der Industrie ist es der Unternehmern schon seit längerer Zeit gelungen, eine derartige Entlohnung tarifvertraglich festzulegen. Im Kaufsfall aber darf es ihnen nicht gelingen. Mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln jagen die Unternehmer eine derartige Entlohnung im Kaufsfall einzuführen, zum Beispiel mit Hilfe der sogenannten nationalen Arbeitervereine. Es haben sich in mehreren Orten schon Vereine von hinterreichten Familien gebildet. Die Schlussfolgerung ist: Der Kapitalismus ist in Deutschland nicht mehr in der Lage, seine Sklaven zu ernähren.

Von dem kommenden Verbandstag müssen wir verlangen, daß er sich klar und deutlich gegen die soziale Entlohnung ausspricht. Solange der Privatkapitalismus noch besteht, müssen wir an dem Grundsatz festhalten: „Gleicher Lohn, gleiche Arbeit!“ Hans Frede, Witterfeld.

Bau-Werkmeister.

Der Reichstarivertrag für die Bau-Werkmeister.

Ein Reichstarivertrag für die gesamte Gruppe der Bau-Werkmeister besteht nicht, doch muß es unser Verstreben sein, diesen zu schaffen. Es ist nicht angängig, daß wir für Poliere einen Vertrag haben und nicht für Schachtmeister. Jeder, der das Baugewerbe kennt, wird zugeben, daß der Schachtmeister genau die gleiche Bedeutung für das Baugewerbe hat wie der Polier. Und da man in den Bauarbeitergebetreien sich darin einig ist, einen Reichstarivertrag für das gesamte Baugewerbe abzuschließen, so ist unsere Forderung, einen Reichstarivertrag für die Bau-Werkmeister zu schaffen, wohl berechtigt. Für die Poliere besteht zurzeit ein Reichstarivertrag. Dieser Tarivertrag hat Gültigkeit bis zum 30. September 1922. Für allgemeinverbindlich ist er bis jetzt nicht erklärt. Da unsere Tätigkeit beim Aufhauß nur als eine informierende bezeichnet wird, haben wir jetzt freie Hand, und wir werden auch im Interesse unserer Kollegen handeln müssen. Wir werden uns zuerst einmal darüber äußern müssen, in welcher Form wir den Reichstari haben wollen. Es gibt zwei Möglichkeiten, einmal den selbständigen Vertrag und zweitens den Anhang an den Reichstarivertrag für das Baugewerbe. Wir werden dafür eintreten, daß ein einheitlicher Reichstarivertrag für das gesamte Baugewerbe geschlossen wird. Dieser Anhang sind auch die Zimmerer.

Was wird nun von uns verlangt und vertreten werden können? Zuerst werden wir eine Forderung prinzipieller Art stellen. Diese ist: „Wer soll Träger des Reichstarivertrages sein? Bisher haben wir dem Polierbund allein dieses Recht gegeben. Das wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Wir vertreten den Standpunkt, daß alle Organisationen, die Poliere und Schachtmeister organisiert haben, auch das Recht haben, an dem Zustandekommen des Reichstarivertrages mitzuwirken und Vertragssträger zu sein. Es ist Tatsache, daß der Deutsche Polierbund nur etwa 50 % der gesamten Bau-Werkmeister organisiert hat, die übrigen 50 % sind verteilt auf andere Organisationen. Von den Zimmerpolieren sind sogar 67 % im Zimmererverband organisiert. Daß wir in unserer Reichstarigruppe annähernd 10 000 Bau-Werkmeister organisiert haben, kann nicht bestreiten werden. Sollte wider Erwarten der Polierbund seinen Standpunkt ändern, dann werden wir allein beschließen müssen, unser Ziel zu erreichen.“

Das wesentlichste Interesse wird der Entlohnung des Bau-Werkmeisters gelten, und ein Reichstarivertrag hat auch nur Wert, wenn in dieser Hinsicht unsere Forderung erfüllt ist. Ohne eine zentrale Regelung des Lohnes hat ein Reichstarivertrag überhaupt keinen Wert. Wir alle sind uns wohl klar darüber, daß der Lohn- des Bau-Werkmeisters sich auf den Lohn des Bauarbeiters aufbauen muß. Dies bedingt, daß wir einen bestimmten Aufschlag auf den Lohn des Bauarbeiters fordern. Wie hoch dieser Satz sein muß, darüber sind wir uns klar. Wir werden mit dieser Forderung bei den Unternehmern auf großen Widerstand stoßen; denn die Unternehmer wollen überhaupt keinen bestimmten Satz festlegen und die Lohnfestsetzung der freien Verjammung zwischen Unternehmern und Bau-Werkmeistern überlassen. Wir werden den Unternehmern zeigen, daß es uns ernst ist mit dieser Forderung, und wir können dies, wenn wir den Gedanken der Einheitsorganisation fördern.

Es haben sich im Laufe des Jahres Stimmen bemerkbar gemacht, die einen höheren als den bisherigen Satz

festgelegt haben möchten. Namentlich sind es Schichtmeister. Sie begründen dies damit, daß für die Schichtmeister vor dem Kriege höhere Sätze befaßt worden hätten und nennen da 50 bis 100 % über den Tarifarbeiterlohn. Gewiß haben die Schichtmeister früher auf die Tarifarbeiterlöhne einen höheren Aufschlag gehabt, doch darf man nicht vergessen, daß die Tarifarbeiterlöhne damals ganz bedeutend unter den Bauarbeiterlöhnen gestanden haben. Diesen Kollegen muß gesagt werden, daß unsere Forderungen so sein müssen, daß dafür Verständnis in den Kreisen der Bauarbeiter zu erwarten ist. Eine weitere Forderung von großer Bedeutung sind die Ferien. Wir haben bisher noch einjähriger Tätigkeit 6 Arbeitstage zu verlangen gehabt. Doch ist zu berücksichtigen, daß nur ein kleiner Teil unserer Kollegen in den Genuss der Ferien gekommen ist. Es sind nicht immer die Schichtmeister, die die einjährige Tätigkeit erreicht haben. Der Bau-Werkmeister darf nicht vergessen, daß der Bauarbeiter. Unberücksichtigt der Ferien, Krankheitsstage usw. dürfen auf die Ferien nicht angerechnet werden. Die Ferien müssen in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober gewährt werden. Es ist ferner darauf zu achten, daß der Arbeiter gegen Entgelt zu arbeiten. Wird doch gearbeitet, dann hat der Betreffende die Ferien verdient, und der Unternehmer kann die sofortige Entlassung ansprechen. Diesen letzten Satz werden wir übernehmen, damit auch der Bauer, den wir mit den Ferien erreichen wollen, erreicht wird, nämlich: Entlohnung und Sammlung neuer Kräfte. Eine weitere Forderung, die bisher in den Kreisen der Bauarbeiter wenig Verständnis gefunden hat, ist die Kündigung. Wir können dem Kollegen, der an beratungsfähiger Stelle steht, nicht zumuten, daß er in einem unangenehmen Arbeitsverhältnis steht. Er muß weiter auch gegen die Willkür des Unternehmers geschützt sein, damit er alle die Voraussetzungen, die wir in Zukunft bei dem Bau-Werkmeister verlangen, dem Betrieb und den Arbeitern gegenüber erfüllen kann.

Es gibt noch mehrere Forderungen für den Bau-Werkmeister, so Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Bezahlung der Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Zahlung des Lohnes auch bei Krankheit usw. Doch diese Forderungen werden nicht berührt sein, daß darüber keine Einigung erzielt werden könnte. Wir werden in dieser ganzen Angelegenheit einen schweren Stand haben. Unsere Aufgabe und die der Kollegen wird es nun sein, die Bauarbeiter aufzuklären und ihnen zu sagen, daß der Bau-Werkmeister von heute ein anderer ist als der von früher. Daß der Bau-Werkmeister sich auch als Arbeiter fühlt und mitreden will beim Abschluß seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Bau-Werkmeister von heute weiß, was Solidarität ist und wie sie angewendet werden muß, erwartet aber auch, daß die Bauarbeiter dem Bau-Werkmeister gegenüber volle Solidarität üben, wenn es gilt, seine Forderungen zu vertreten.

Wir eruchen alle Kollegen, sich mit dem, was wir hier angeführt haben, zu beschäftigen. Wenn auch hier und dort noch andere Meinungen vorhanden sind, dann müssen uns diese mitgeteilt werden, damit wir sie gegebenenfalls verwerten können. Schreiben in dieser Angelegenheit sind an den Verbandsvorstand mit der Bezeichnung L./P. 2. 22. zu richten.

Internationale Bauarbeiterbewegung. England.

Die Versuche, mit den Bauarbeitern in England eine Verbindung herzustellen, reichen bald 20 Jahre zurück; vor Stattfinden jeder Konferenz der Bauarbeiter-Internationale wurde an irgendeine ermittelte Adresse eine Einladung geschickt, aber weder Delegation noch Antwort traf ein. Ob mit Recht oder Unrecht, auf jeden Fall betrachteten die Bauarbeiter der europäischen Länder dieses Verhalten ihrer englischen Kameraden als unsolidarisch und unhöflich. Der wahre Grund lag jedenfalls in dem Umstände, daß die Organisation der englischen Bauarbeiter noch viel mehr zersplittert war als die der andern Berufe. Wenn eine Einladung an eine solche lokale Bauarbeiterorganisation gelangte, wurde sie als belanglos beiseite gelegt; das Gesichtsfeld reichte eben nicht über den engumgrenzten Wirkungskreis des lokalen Berufsverbandes hinaus.

Einem Berichte des Sekretärs der Bauarbeiter-Internationale über eine Konferenz des Englischen Bauarbeiterbundes ist zu entnehmen, daß sich die Organisationsverhältnisse jenseits des Kanals wesentlich geändert haben. Kollege Käppler schreibt:

„Als ich im Geschäftshause der National Federation of Building Trades Operatives eintraf, hatten die Verhandlungen des Bundesvorstandes (Executive Council) bereits begonnen. Eine kurze kameradschaftliche Begrüßung seitens des Präsidiums, und ich hatte Gelegenheit, mich über die Tagesordnung zu unterrichten. Reichhaltig genug war sie, und die Zahl der Männer, die es erledigen sollten, schien mir reichlich groß. Der Bundesvorstand besteht aus 40 Mitgliedern, die sämtlich Vertreter der angeschlossenen Unions sind. Er beschließt über alle Angelegenheiten des Bundes, die durch das Statut nicht ausdrücklich dem Jahreskongreß oder der Abstimmung in den Unions vorbehalten sind. Die National Federation selbst ist ein Bund der Bauarbeiterverbände Großbritanniens. Es waren wohl kaum 10 Minuten seit meiner Ankunft verflissen, so fühlte ich mich schon wie „zu Hause“. Das, was zur Verhandlung stand, waren Organisationsfragen, die heute die Arbeiterschaft aller Länder bewegen. Die gestellten Anträge, das Für und Wider, hatte ich schon in Italien sowohl als auch in Oesterreich oder in Deutschland gehört. Und doch wunderte es mich; denn ich befand mich ja in London, mitten unter Malern, Steinhauern, Maurern, Zimmerleuten, Tischlern, Bauhilfsarbeitern, kurzum unter Bauarbeitern der verschiedensten Branchen. Ein neben mir sitzender Tischler zeigte mir eine Ansichtskarte mit dem Bilde des Hamburger Gewerkschaftshauses; er hatte als Delegierter seines Verbandes am letzten Verbandstage der deutschen Holzarbeiter teilgenommen. Immer mehr kam mir zum Bewußtsein, daß ich doch mit einer gewissen Voreingenommenheit gekommen war. Unter anderm kam mir dabei in den Sinn,

was Ad. Braun in seinem Buche „Die Gewerkschaften“ über die englischen Gewerkschaften geschrieben hat: „Mehr noch als in England gelangte in Deutschland und in Oesterreich das Prinzip der Zentralisation zum vollen Siege. In Deutschland und in Oesterreich befreiten sich die Gewerkschaften mehr als in Großbritannien von zünftigen Anschauungen, der Gedanke der Zusammenfassung der gelernten wie der ungelerten Arbeiter innerhalb der Organisation hat sich in Deutschland wie in Oesterreich vielfach durchgesetzt, während er in England noch immer eine große Streitfrage der Gewerkschaften bildet. Die Beziehungen der Gewerkschaften sind innerhalb Deutschlands und Oesterreichs engere, freundschaftlichere und praktisch bedeutungsvollere als in England.“ Das, was Ad. Braun hier den englischen Gewerkschaften nachsagt, kann vor 1914 allgemein zutreffend gewesen sein; aber heute? Soweit die Bauarbeiter in England — und das im weitesten Sinne des Wortes — in Betracht kommen, stellen sie manchen zur Gruppe der Bauarbeiter gehörigen Verband in Deutschland in den Schatten.

Gewiß, der Bund der Bauarbeiter Englands ist noch kein Zentralverband, und die in ihm vereinigten Unions

Am 1. April ist der 13. Beitrag fällig.

haben eine ziemlich große Selbständigkeit; aber die Tendenz der Bewegung ist, wie wir noch später sehen werden, auf die zentrale Organisationsform gerichtet. Am 5. Februar 1918 wurde der Bund der Bauarbeiter Englands unter Beteiligung der Mehrzahl der bestehenden Bauarbeiterverbände gegründet. Dazu, daß heute fast ausnahmslos alle im Baugewerbe und in seinen Nebengewerben beschäftigten organisierten Arbeiter unter den Fittichen des Bundes vereinigt sind, haben auch die Stürme im Herbst 1918 und im darauffolgenden Winter das ihrige beigetragen; sie haben auch in Großbritannien viel totes Holz gebrochen. Dazu gehören in erster Linie der Zunftdünkel und die frühere Gleichgültigkeit der Trades Unions gegenüber den ungelerten Arbeitern. Heute wachen letztere selbst geradezu eifersüchtig darüber, daß man sie nicht zurücksetzt.

Zumeist sind die Hilfsarbeiter der Union des Berufes eingegliedert, in dem sie tätig sind. Darüber hinaus sind aber Einrichtungen nötig, die es ermöglichen, jene Berufsarbeiter und Hilfskräfte organisatorisch zu erfassen, die verstreut in kleiner Zahl an Orten und in Betrieben arbeiten und sich keiner Berufsunion anschließen können. Für diese gemischten Berufe (Composite Branches) hat das Notfallkomitee (Emergency Committee) des Bundes, das alle außerordentlichen Vorkommnisse zu behandeln und dann Bericht zu erstatten hat, ein Statut ausgearbeitet. Dieses Statut fand den einstimmigen Beifall des Bundesvorstandes. Eine erhebliche Anzahl Redner gingen sogar soweit, daß sie das eben angenommene Statut als geeignete Basis für die restlose Verschmelzung aller Bauarbeiterunions zu einem kompletten Zentralverband bezeichneten. Die Männer, die so redeten, waren keine unklaren Stürmer oder Neulinge in der Gewerkschaftsbewegung; unter ihnen befanden sich Präsidenten und andere Vorstandsmitglieder großer Unions. Ein so weitgehender Beschluß, auch wenn er einstimmig wäre, liegt außerhalb der Kompetenzen des Bundesvorstandes; es müssen die einzelnen Unions vorher erst Stellung genommen haben. Darum wurde beschlossen, die Frage den Vorständen der Unions zur Besprechung zu überweisen und ihnen die Annahme der restlosen Verschmelzung zu empfehlen.

Nunmehr wurde ich vom Präsidenten offiziell vorgestellt, wobei er bekanntgab, daß ich eine Rede über die Bauarbeiter-Internationale in deutscher Sprache halten wolle, die dann ins Englische übersetzt würde. Mit lebhaftem Applaus und durch Erheben von den Plätzen wurde ich von der Versammlung begrüßt. Ebenso stürmisch war der Beifall am Schlusse meiner Rede. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage des Präsidenten zu, daß meine Rede wörtlich im Verbandsorgan „The Operative Builder“ gedruckt und damit den Unions zur Diskussion unterbreitet werde. Als meine Ausführungen übersetzt wurden, gab es einen Zwischenfall. Dort wo ich von der Lage des deutschen Baugewerbes gesprochen hatte, hatte ich auch darauf verwiesen, daß ein Mangel an gelernten Bauarbeitern sei. In dem Augenblick, als ersichtlich wurde, daß die Verhältnisse in einem andern Lande zur Erörterung kamen, wurde die Übersetzerin unterbrochen und mit Fragen bestimmt: „Hat der Redner nichts darüber gesagt, wie es den ungelerten Bauarbeitern in Deutschland geht? Sind diese wegen des Mangels an gelernten Bauarbeitern arbeitslos? Oder schenkt man in Deutschland den ungelerten Arbeitern keine Beachtung?“ Erst nachdem ich diese Zurufe und Fragen beantwortet hatte, konnte die Übersetzerin weitersprechen.

Eine lebhafte Aussprache verursachte der Bericht des Bundessekretärs über die Anlage des Vermögens der angeschlossenen Unions. Vom Jahreskongreß war eine Deputation gewählt worden, die wegen dieser Frage mit der Direktion der Konsumgenossenschaftsbank zu verhandeln hatte. Der Sekretär berichtete über das günstige Ergebnis der Verhandlungen und befürwortete die Schaffung eines Kommissariatfonds für den Bund. Ein solches Vorgehen habe seine Begründung in den Beschlüssen des letzten Jahreskongresses, nach dem alle die Bauindustrie betreffenden Angelegenheiten auf nationaler Basis behandelt werden sollen. Vor allen Dingen gelte dies für die Lohn- und Arbeitsbedingungen, zu deren Regelung ein Reichstarif erstrebt werden solle. Das setze aber voraus, daß die Hauptleitung dieser Bewegung auch über die nötigen Mittel verfüge, um sie dort anwenden zu können, wo es nötig ist. Dadurch, daß die einzelnen Unions ihr Vermögen im Kommissariatfonds des Bauarbeiterbundes anlegen, geht ihnen ihr Anrecht darauf nicht verloren. Auch das, daß die Unionen ihr Geld bei der Genossenschaftsbank anlegen, sei nicht neu; denn bei einigen andern Industrieorganisationen sei das bereits der Brauch. Es sei im höchsten

Grade wünschenswert, daß die Gewerkschaften mit den Genossenschaften zusammen arbeiten zum Nutzen der Gesamtarbeiterbewegung.

Der Bericht des Sekretärs wurde sehr beifällig aufgenommen und die Notwendigkeit der Schaffung eines Kommissariatfonds anerkannt. Trotzdem lehnte es der Vollziehende Rat ab, in diesem Sinne zu beschließen. Angenommen wurde ein Antrag, nach dem die Vorstände der angeschlossenen Unions über die Schaffung dieses Kommissariatfonds abzustimmen haben. Bis das Ergebnis dieser Abstimmung vorliegt, soll sich die Hauptleitung des Bundes mit einem Generalfonds behelfen, in den 1 Penny pro Woche und Mittglied zu zahlen ist. Die Hälfte soll bei der Konsumgenossenschaftsbank als Verteidigungsfonds und die andere Hälfte bei der Baugildengesellschaft angelegt werden als Reservestrickfonds. Die dahinlautende Entscheidung wurde mit 34 gegen 6 Stimmen angenommen, nachdem ein Verbesserungsantrag, nach dem die Baugilden betreffende Absatz gestrichen werden sollte, nur 6 Stimmen erhalten hatte.

Die übrigen Geschäfte des Bundesvorstandes betrafen Verhandlungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen, Aufnahmegesuche von noch nicht angeschlossenen kleineren Organisationen und sonstige Organisationsfragen. Bewunderungswürdig war das gute Zusammenarbeiten dieses immerhin großen Organisationskörpers. Die durch das Statut gezogenen Kompetenzgrenzen wurden peinlich genau beachtet, und — das sei besonders hervorzuheben — die an der Spitze der Organisation stehenden Personen sind tatkräftige Männer, die über großes organisatorisches Können verfügen. Die Bauarbeiter-Internationale würde durch den Beitritt der englischen Kameraden bedeutend mehr als nur eine Vergrößerung ihrer Mitgliederzahl gewinnen. Hoffen wir, daß Ad. Braun auch dort verbessern muß, wo er sagt: „In Deutschland wie in Oesterreich legt man auf die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften erheblich mehr Wert als in England.“

Vom Bau.

Breslau. (Bericht über Bautenkontrolle.) Unser Bautenkontrollleur hat im Jahre 1921 in der Stadt Breslau 805 Baustellen und Gerüste zusammen 1716 mal kontrolliert. Dabei mußte er 190 Beanstandungen machen. Neubauten oder sonstige Untergrundräume fehlten viermal, in mangelhaftem Zustande waren 40, unfest 25, bei 4 fehlte der borgelegene feste Fußboden, in 2 Untergrundräumen lagerten Baustoffe und in 6 fehlten die Decken. In 20 Baustellen fehlten die Verbauarbeiten; 9 Kisten waren mangelhaft. Die Infallensicherungsarbeiten fehlten an 23 Baustellen. Die Abwehr waren an 3 Stellen schlecht gerichtet, an 8 Baustellen war kein Abort und an weiteren 3 Baustellen waren sie in mangelhaftem Zustande. Urweimer waren nur an einem einzigen Bau vorhanden. Die Abdeckung der Balkenlagen fehlte an 9 Stellen, an 2 Stellen war sie mangelhaft. Schußgeländer an Treppen fehlten an 8 Stellen, 6 waren mangelhaft. Schußgeländer an Öffnungen waren in 10 Fällen mangelhaft; an einer Stelle war eine dünne Leine als Schußgeländer angebracht. Schuttbalken für Dachdecker und Klempner fehlten überall. In einem Falle fehlte das Schußgeländer an einer Maschine und ebenso an einer Kaffgrube. Mangelhafte Leitergerüste wurden an 3 Stellen, mangelhafte Stangengerüste an 2 Stellen, mangelhaftes Budgetüst an einer Stelle festgestellt. Schußgeländer an Gerüsten fehlten an 5 Stellen und 2 waren mangelhaft. In einem Falle war an dem Leitergerüst ein Aufsatz angebracht. — Die Zahl der Mängel ist tatsächlich größer, doch kann der eine Kontrollleur nicht so eingehend und regelmäßig kontrollieren, wie es notwendig wäre. In unserer Großstadt müßten mindestens 3 Kontrollleure tätig sein. Mit der Gebung der Bautätigkeit nahmen auch die Mängel zu. Leider haben wir im vergangenen Jahre 2 tote, 7 schwer- und 4 leichtverletzte Kollegen als Opfer beklagen müssen. Erschwert wird die Tätigkeit des Kontrollleure dadurch, daß Dachdecker, Klempner und Malerarbeiten nicht baupolizeilich gemeldet werden brauchen. Die Bauarbeiter aller Berufe, die Organisationsvorstände und die Baubelegierten haben im letzten Jahr vollständig verjagt in der Unterstützung des Bautenkontrollleure bei seiner Tätigkeit. Das ganze Interesse richtet sich auf die Lohnbewegungen. Solange wir diesen Mangel an Verständnis für die Notwendigkeit des Bauarbeiterbundes in Arbeiterkreisen haben, solange die veralteten Baupolizeiverordnungen bestehen, solange die Strafen gegen faulige Unternehmer in gar keinem Verhältnis zu dem Geldwert stehen, ist an eine Beseitigung der Mängel an Bauten nicht zu denken. Trotz aller Mühen ist es nicht gelungen, von der Behörde die Einwilligung zu erhalten, daß noch 2 Kontrollleure angestellt werden. So werden die Ministerialverordnungen beachtet.

Bücher und Schriften.

In der Reihe der gemeinsam vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und vom Allgemeinen freien Angestelltenbund herausgegebenen Betriebsratschriften ist kürzlich als Nr. 11: „Der Gesundheitschutz im Betriebe“ von Professor Dr. med. Paul Sommerfeld erschienen. Der Verfasser ist auch in Arbeiterkreisen als einer der ersten Fachkenner bekannt. In gemeinverständlicher Weise schildert er in dieser Schrift die Gesundheitsgefahren, die sich im Betriebe durch unhygienische Arbeitsräume, schädliche Arbeitsstoffe, falsche Arbeitsweise usw. ergeben können. Wie solchen Mängeln begegnet werden kann, ist in einem besonderen Abschnitt ausführlich behandelt. Ebenso, wie die Betriebsräte dazu beitragen können, die Betriebe gesundheitlich einwandfrei auszugestalten und daraufhin zu überwachen. Ein großer Teil der Arbeiterschaft leidet schwer unter den Schäden der Berufsarbeit. Alljährlich büßen viele Arbeiter ihre Gesundheit, ja ihr Leben ein, weil der Gesundheitschutz mangelhaft ist. Demgegenüber entspricht die Schrift geradezu einem Bedürfnis und ist gleich bedeutungsvoll für die Be-

triebsräte wie für alle Gewerkschafter und Arbeiter überhaupt. Zeigt sie doch auch, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen, wie der Betriebsrat als Störkraft und die einzelnen Betriebsratsmitglieder für den Gesundheitsschutz arbeiten können. Sie können sich also auf diese Schrift stützen und widerstrebende Arbeitgeber und Gewerbeaufsichtsbeamte zwingen, die gesetzlichen Rechte der Betriebsvertretungen auch auf diesen Gebieten anzuerkennen. Die Schrift verdient weitest Verbreitung und sollte im Besitze mindestens jedes Betriebsvertretungsmitgliedes sein. Sie kann durch jede Buchhandlung bezogen werden. Die Bestellungen der Organisationen sind direkt an die Verlagsgesellschaft m. b. H. des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO 16, Engelwälder 24, 4. Et., zu richten. Der Ladenpreis beträgt 6,40 M., dieser ermäßigt sich beim Bezug durch die Organisationen ganz wesentlich, so daß jeder sich die Schrift beschaffen kann.

Der Eisenbahn. Teil I. Ein Reifeplan für Schule und Praxis von G. Kersten. Verlag: Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin, Wilhelmstr. 90. Preis gebunden 25 M. Das Werk ist mit 219 Textabbildungen, 24 Tafeln und 28 Tabellen beiliegend ausgestattet. Es enthält in der Hauptsache Lehren über die Ausführung und Berechnung der Grundformen und ist ein wichtiges Hilfsmittel für Schüler und Praktiker.

Briefkasten.

Hartfa. Soll die Arbeit wegen Regens eingestellt werden, so ist hierfür die Anordnung des Meisters oder des Poliers maßgebend. Ist weder der Meister oder ein Polier, oder sonst ein Beauftragter des Meisters (Bauleiter) am Bau, so bestimmt der Bauleiterteil darüber, ob die Arbeit wegen Regens einzustellen ist, denn er hat darüber zu wachen, daß die am Bau beschäftigten Arbeiter gesundheitlich nicht geschädigt werden.

Groß-Wartenberg. Ein Buch mit dem Titel „Der praktische Baugewerksmeister“ kennen wir nicht.

Abrechnung des Deutschen Bauarbeiterverbandes über das 4. Quartal 1921.

Einnahmen.	
Für Beiträge	27 204 964,40 M.
Mitgliedsbücher	27 085,50
Erhaltbücher	1 663,-
Kalender	222 023,70
verschiedene Schriften	1 106,10
Zinsen	524 808,31
Sonstige Einnahmen	750,60
Summa	27 982 401,61 M.
Ausgaben.	
Für das Verbandsorgan	1 046 270,20 M.
„Arbeiterjugend“ und „Betriebsrätezeitung“	12 010,57
Agitation inklusive Zuschuß an die Bezirksstellen	528 247,05
Streiks und Sperrere	9 047 454,90
Verhandlungen	9 284,30
Arbeitslosenunterstützung	2 982 640,61
Krankenunterstützung	2 167 383,61
Unterstützung in Sterbefällen	190 275,45
Rechtschutz	41 249,90
Unterstützung an Genossenschaften	4 277,20
Invalidenunterstützung	48 520,-
Gesundheitszuschuß an Vereinigungsstelle	28 512,60
Zentralamt und Zentralarbeitsvermittlung	9 424,40
Konferenzen	54 177,75
Beitrag an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund	58 844,20
Beitrag a. d. Bauarbeiter-Internationale	47 025,50
Unterstützungsfürsorge	63 654,80
Kapitalertragsteuer	25 916,95
Bibliothek	736,80
Schriften	141 441,-
Sachliche Verwaltungskosten:	
a) Mitgliedsbücher	26 055,-
b) Statuen, Aufnahmefotografie usw.	40 462,-
c) Sonstige Drucksachen	50 831,-
d) Beitragsmarken	32 477,-
e) Bureauartikel, Reinigung und Licht	16 533,49
f) Bureaubedarf und Zeitungsabonnement	7 782,-
g) Porto, Telegramme, Strafporno usw.	22 817,71
h) Fernspreckgebühren	562,-
personliche Verwaltungskosten:	
a) Gehalt der Betriebsratsmitglieder	120 660,75
b) „Bureauhilfsarbeiter“	196 719,70
c) Revisionen der Hauptkasse	219,40
d) Verbandsauschüß	2 500,-
e) Versicherung der Angestellten	193 395,65
Verluste durch Unterschlagungen in den Vereinen	14 484,44
Summa	17 232 847,93 M.
* Zurückgelandte Gelder in Abzug gebracht.	
Bilanz.	
Einnahme	27 982 401,61 M.
Ausgabe	17 232 847,93
Mehreinnahme	10 749 553,68 M.
Hamburg, 18. März 1922.	
Herm. Kober, Kassierer.	

Vorliegender Rechnungsabschluss ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Verbandsvermögen ist uns nachgewiesenen beziehungsweise vorgelegt worden.
Die Revisoren:
H. Marks, B. Schulze, B. Reifig.

Bekanntmachung der Bezirksauschüsse. Bezirk Stuttgart.

Der Bezirksrat hat am 12. März in den Bezirksauschüß gewählt: Als Bezirksleiter Philipp Werner, als Kassierer Johann Sengle, als Beisitzer Gustav Kleiner, Jakob Buchter, August Ströbele, Wilhelm Weininger und Alois Rupp.

Bezirk Rostock.

Der Bezirksrat wählte am 12. März in den Bezirksauschüß den Kollegen G. Mülch, Bezirksleiter, und die Kollegen Aug. Berger, E. Born, H. Eggers, Alb. Baepke, S. Teslin und A. Martens als Beisitzer.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Das Abrechnungsmaterial für das erste Quartal ist an allen Vereinen am 22. März zu Händen ihres Vorsitzenden zugestellt worden. Sollte es in irgendeinem Verein nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir um sofortige Mitteilung, damit es nachgeliefert werden kann. Das Material der Ausschüsse ist gleichzeitig mit zugestellt worden.

Vom 4. bis 18. März haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse gefandt: Amberg 556,30 M., Arnberg 10 000, Aachen 25 000, Bochum 55 000, Bitterfeld 15 000, Bonn 20 000, Brehendorf 300, Cassel 101 707,30, Galsörde 800, Diepholz 650, Droyßig 20, Düren 20 000, Dortmund 60 000, Duisburg 60 000, Düsseldorf 82 000, Essen 50 000, Eßberg 2000, Füssen 1000, Fulda 5000, Friedland i. Westf. 2000, Frankfurt a. M. 40 000, Gelsenkirchen 1. Bonn. 800, Gelpin 14 000, Gießen 3000, Hamm i. W. 33 102,20, Heidehofen 7000, Halberstadt 7500, Heidenheim 5000, Herborn 730,80, Kattowitz 134 000, Kumbach 6000, Kornpeten 2000, Kiel 14 000, Kolbenermoor 1000, Karlsruhe 20 000, Köstritz 12 000, Meuselwitz 3000, München 46 000, Mannheim 54 000, Merseburg 9958,55, Memmingen 4000, M. Gladbach 6000, Naugard 1200, Oberburg 500, Oströsch 36,40, Pöllnow 500, Reichenbach i. V. 10 000, Rosenheim 3000, Ravensburg 5000, Recklinghausen 25 000, Remscheid 10 000, Seehausen i. d. Mitt. 500, Staßfurt 485,80, Thal 9000, Tölz 3007,20, Ulzburg 100, Weißenheim 9000, Werdan 16 000, Worms 5000, Ziegenhals 1000.

Von hingelander Streitunterstützung zurück: Osternburg 909,80 M.
Kassierer: Gumbinnen 450 M., Greifenberg i. Pomm. 45, Salzwedel 67,50, Schwerin i. Westf. 337,50, Trittau 90.
Verschiedene Schriften: Werdan 10 M.

Der Verbandsvorstand.

Zentralkassentafel.

Die Formulare zur Abrechnung für das erste Quartal 1922 mit Wertblatt Nr. 8 sind an die Ortsverwaltungen versandt. Sollte die Sendung in der einen oder anderen Verwaltungsstelle nicht angekommen sein, so ersuchen wir um umgehende Mitteilung.
Der Vorstand. H. A. W. Lohmar, Vorsitzender.

Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Verband folgende Mitglieder:
Aue. (Wilsdr.) Alois Rauscher, M., 45 Jahre alt.
Bonn. Herm. Stötzer, Maurer, 74 Jahre alt.
Chemnitz. Karl Emil Lange, Hilfsarb., 57 Jahre alt.
Coblenz. (Vraubach) Carl Kümmel, Jmm., 28 J.
Crefeld. Theodor Onkels, Erbsarbeiter, 46 Jahre alt.
Danzig. Michael Trozka, Hilfsarbeiter, 63 Jahre alt.
Darmstadt. (Wiesheim) Jakob Landau, M., 52 J.
Dresden. Hermann Werner, Maurer, 45 Jahre alt.
(Lungwitz) Robert Marx, Maurer, 47 Jahre alt.
Eisleben. Carl Hahnwaldt, 70 Jahre alt.
(Amstorf) Alfred Reitenstein, 32 Jahre alt.
Erfurt. Carl Kranz, Polier.
Frankfurt a. M. (Willingenberg) O. Ph. Beck, M., 45 J.
(Langen) Joh. Heinz Finkl, Maurer, 54 Jahre alt.
Gera. Emil Elichhorn, Maurer, 44 Jahre alt.
Karlsruhe. (Mörsch) Ludwig Sattler, M., 52 J. alt.
Kiel. (Diedrichsdorf) K. Teede, Hilfsarb., 45 J. alt.
Leipzig. Carl Quandt, Invalide, 76 Jahre alt.
Luz. (Löhren) Gottlieb Jesziorowski, 46 Jahre alt.
München. (Kesselberg) Josef Braml, S., 31 J. alt.
(Oberstiefing) Georg Seemann, S., 19 Jahre alt.
Nebrn. Hermann Thiem.
Nordhausen. Hermann Freiberg, M., 76 Jahre alt.
Nürnberg. Heinrich Klauß, Färbereiger, 32 J. alt.
Johann Lotz, Sultateur, 41 Jahre alt.
(Wehringendorf) Herm. Rummel, St., 44 J. alt.
Offenburg. (Reh) Carl Kammerer, M., 57 J. alt.
Obernau. Otto Pflugbeil.
Thale a. S. (Quedlinburg) Fr. Heydenreich, S., 72 J.
Reutlingen. (Waldorf) Gottlob Decker, M., 34 J.
Schmöln. Emil Jakob, Maurer, 64 Jahre alt.
Himmendorf. Friedrich Wolf, Hilfsarb., 64 Jahre alt.
Zeulenroda. Christian Siebold, 65 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

Gemeinnützige Baugenossenschaft m. b. H. für Sulz und Umgegend.

Am 28. März, nachmittags 4 Uhr, in „Domburgs Ansicht“ erste ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrates und Genehmigung der Bilanz. 3. Entlastung des Geschäftsführers, Vorstandes und Aufsichtsrates. 4. Neuwahl der auscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. 5. Anträge. 6. Verlesenen. — Anträge zur Generalversammlung müssen mindestens bis zum 22. dieses Monats, mittags 12 Uhr, schriftlich im Bureau abgegeben sein.
Der Vorstand. H. A. G. Endler.

Gemeinnützige Bauarbeiter-Gesellschaft „Selbshilfe“, e. G. m. b. H., Speyer a. Rh.

Sonntag, den 2. April, im „Goldenen Saal“. Zweite ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates. 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates. 3. Beschlußfassung über Verwendung des Reingewinnes. 4. Ergänzungswahlen des Vorstandes und des Aufsichtsrates nach §§ 9 und 13 des Statuts. 5. Satzungsänderungen. 6. Wünsche und Anträge. — Anträge sind 10 Tage vor der Generalversammlung einzureichen bei dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Als Legitimation dienen die gültigen Mitgliedskarte.
Der Aufsichtsrat. J. A. Heinrich Arbogast.

Gemeinnützige Bauarbeiter-Gesellschaft „Selbshilfe“ für Pöndel und Umgegend.

Sonntag, den 2. April, nachmittags 2 Uhr: Zweite ordentliche Generalversammlung in Vater's Restaurant, Tagesordnung: 1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 3. Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinnes. 4. Neuwahl für die auscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. 5. Vergütung des Protokollisten und Aufsichtsrates. 6. Anträge. 7. Verlesenen des Protokolls. Hierauf gesellschaftliche Aussprache.
Der Vorsitzende des Aufsichtsrates: B. G. Gert.
Die Bilanz liegt vom 25. März an im Geschäftszimmer zur Einsichtnahme aus.
Der Vorstand.
J. A.: Fr. Richter, R. Panninen, R. Zäumer.

Produktiv-Baugenossenschaft e. G. m. b. H., in Marienwerder i. Westpr.

Bilanz am den 31. Dezember 1920.			
Activa.	Passiva.		
Kassa	334,67 M.	Ant. der Genossen 16000,- M.	
Debitoren	3286,02	Reservefonds	160,-
Bankguthaben	16746,84	Kreditoren	2949,50
Kautonen	550,-	Gewinn	8538,03
Nicht eingezahlte Anteile	6750,-		
	27647,53 M.		27647,53 M.

Mitgliederstand: 16 Genossen, Kassensumme 16 000 M.

Bilanz am den 31. Dezember 1921.

Activa.		Passiva.	
Kassa	2107,30 M.	Ant. der Genossen 21000,- M.	
Bankguthaben	5055,90	Reservefonds	4410,-
Kautonen	3705,-	Steuern, Rücklage	17725,-
Außenstände	8726,16	Schulden	62522,70
Vorräte	17782,-	Zinsen an Anteile	1000,-
Material	44351,25	Darlehen	57393,91
Utenilien	8024,-	Unterstützungsj.	10000,-
Telephonanleihe	750,-		
	164051,61 M.		164051,61 M.

Mitgliederstand am 31. Dezember 1920: 16 Genossen. Im Jahre 1921 Zugang: 5 Genossen, Abgang: 1 Genosse. Bestand am 31. Dezember 1921: 20 Genossen. Kassensumme 20 000 M.
Wilh. Schiblowski, Kassierer.

Gemeinnützige Bauarbeiter-Gesellschaft „Selbshilfe“, Feuerbach.

Die Genossenschaft ist vom 17. März 1922 an in Liquidation. Als Liquidatoren wurden von der Generalversammlung gewählt: Paul Bofinger, Maurer, Feuerbach, Rathenauerstraße 49, Carl Gebhardt, Geschäftsführer, Feuerbach, Karlstraße 49, Carl Gebhardt, Geschäftsführer, Feuerbach, Mollstraße, Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche alsbald bei den oben bezeichneten Liquidatoren geltend zu machen.

Bilanz der Bauarbeiter-Gesellschaft „Selbshilfe“, Feuerbach, in Liquidation am 1. Januar 1922.

Vermögen.	
Kassenbestand	794,21 M.
Scheckbestand	850,-
Materialbestand	12520,-
Wertgegenstände	114678,40
Immobilien und Liegenschaften	62000,-
Guthaben von Kunden	333486,13
Beteiligungen	700,-
	641085,94 M.
Schulden.	
Schulden an Lieferanten	186707,47 M.
Geschäftsanteile	17440,-
Kapitalanlagen der Genossen	28000,-
von Privatpersonen	20000,-
Bankschulden: Württembergische Vereinsbank	100158,25
Bürgerbank	87923,04
Darlehen, Kredit	15000,-
D. B. B.	15000,-
Bauhilfen-D. B. B.	30000,-
Steuerrücklagen	50000,-
Unterstützungs- und Wohlfahrtsfonds	15377,98
Geschäftsgewinn: Vortrag von 1920 39489,94 M.	
31. Dezember 1921	36039,26
	75479,20
	641085,94 M.

Feuerbach, den 17. März 1922.
Die Liquidatoren:
Paul Bofinger, Emil Fessenthaler, Carl Gebhardt.

Verfassungen.

Karlruhe i. B. (Zement- und Asphaltwerke)
Sonntag, 9. April, vorm. 9 Uhr, in der „Goldenen Krone“, Ede Amalien- und Douglasstraße.